

FARN

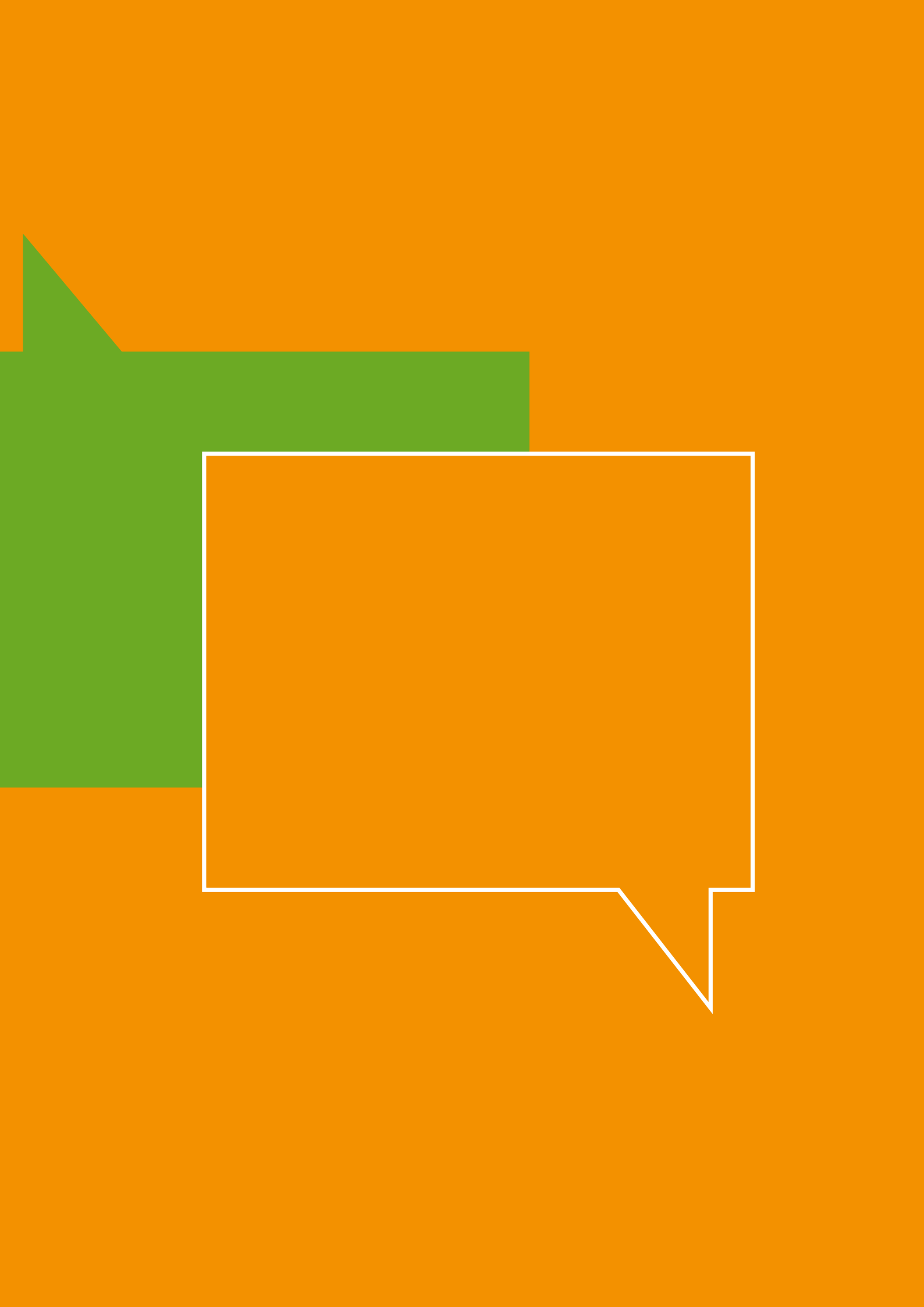


Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz

Love Nature. Not Fascism.

Demokratischen Umwelt- und
Naturschutz gestalten





Inhalt

Grußwort	4
Vorwort	5
Umwelt- und Naturschutz von rechts	6
Einleitung <i>Klara Kauhausen & Yannick Passeick</i>	6
Söhne und Töchter der Taiga. Zur völkisch-esoterischen Anastasia-Bewegung <i>Marius Hellwig</i>	10
Klimaleugnung: Was es ist, wer es macht und was wir tun können <i>Helene Helix Heyer</i>	13
Postwachstum von rechts: Wie Rechte versuchen, die Wachstumskritik zu vereinnahmen – und was sich dagegen tun lässt! <i>Dennis Eversberg</i>	17
Wie kann ein demokratischer Umwelt- und Naturschutz aussehen?	21
Einleitung <i>Marie-Luise Abshagen</i>	21
Einheit in Vielfalt – gelebter „system change“ im Ökodorf Sieben Linden <i>Jonas Duhme</i>	24
#Klimagerechtigkeit – Es bleibt dabei: System Change not Climate Change <i>Nadja Charaby</i>	28
Ums Ganze anders – Commons und Ökologie <i>Annette Schlemm</i>	32
Wie kann ich aktiv werden?	35
Toolbox	35

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Ist es egal, *warum* wir etwas tun, wenn wir nur „das Richtige“ tun? Verfolgen Tier- und Naturschützer immer „gute“ Ziele? Und welche Gründe und Ziele sind überhaupt „gut und richtig“? Die Antworten auf diese Fragen sind kompliziert. Und gerade deshalb sollten wir uns damit beschäftigen. Denn nicht jeder, der sich als Tierschützer, Atomkraftgegnerin oder Wachstums-kritikerin engagiert, verfolgt damit die gleichen Ziele. Manche derjenigen, die sich hier engagieren, kommen aus dem rechts-extremen Spektrum. Sie nutzen gesellschaftliche Debatten, um ihre eigene Agenda voranzutreiben. Diese Agenda richtet sich gegen alles, was unsere Demokratie ausmacht: die Freiheit des Einzelnen, die Anerkennung der Würde **aller** Menschen und ihre Gleichheit, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Hautfarbe, politischer Anschauung, etwaiger Behinderung.

So lehnen rechte Atomkraftgegner die Atomkraft ab, weil sie „dem (deutschen) Volk“ gefährlich werden könnte – nicht etwa, weil sie für **alle** Menschen riskant ist. Die Globalisierung sehen manche Globalisierungsgegner als Eingriff in die Unabhängigkeit des „Volkes“, weil sich damit die Abschottung des eigenen Landes begründen lässt. Und rechte Tierschützer verurteilen das Schächten, also das rituelle, betäubungslose Schlachten von Tieren aufgrund religiöser Vorgaben, vor allem deshalb, weil sie damit Muslime und Juden als Tierquäler diffamieren wollen – nicht aus Gründen des Tierschutzes. Ausgrenzung ist hier das Leitmotiv, der Tierschutz nur das Vehikel.

Diese Taktik ist nicht neu. Aber sie ist gefährlich und wird zurzeit wieder verstärkt angewendet. Denn über den Tier- und Naturschutz lassen sich Menschen aller Altersklassen und Hintergründe ansprechen. Die „gute Sache“ wird dabei als Tür-öffner missbraucht, um menschenverachtende und demokratie-feindliche Ideen salonfähig zu machen.

Besonders perfide ist diese Vorgehensweise, weil die wahren Motive für das Engagement solcher rechten „Natur- und Tier-schützer“ nicht auf den ersten Blick zu erkennen sind. Das will die vor zwei Jahren gegründete „Fachstelle Radikalisierungspräven-tion und Engagement im Naturschutz“ (FARN) ändern. Ich unter-stütze dieses Engagement ausdrücklich. Bei den Jugendcamps von FARN, auf der Homepage oder in dieser Broschüre könnt Ihr Euch darüber informieren, welche Strategien, Erzählungen und Mythen diese Menschen- und Demokratiefeinde benutzen und was Ihr selbst dagegen unternehmen könnt.

Ihr seid mehr – wir sind mehr! – und wir können alle etwas tun. Vernetzt Euch, widersprecht, argumentiert, klärt auf. Damit in der Diskussion um die wichtigen Zukunftsthemen Natur-, Umwelt- und Klimaschutz nicht diejenigen die Gespräche bestimmen, die unsere Freiheit und unsere Demokratie für **alle** Menschen in Deutschland ablehnen und am liebsten abschaffen würden – und denen der Umweltschutz eigentlich gar nicht wichtig ist.

Eine Demokratie ist nie perfekt. Aber in keiner anderen Staats-form hat der einzelne Mensch so viele Freiheiten, zu tun und zu sagen, was er oder sie möchte – und nichts zu müssen. Oder wie es Paul Watzlawick einmal gesagt hat: „Ich bin frei, denn ich bin einer Wirklichkeit nicht ausgeliefert, ich kann sie gestalten.“ Das ist wertvoll und nicht selbstverständlich. Es lohnt sich, sich dafür immer wieder einzusetzen.

Ich wünsche Euch eine interessante Lektüre!

Eure

Svenja Schulze
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Vorwort

Liebe Freund*innen,

derzeit sind zwei gesellschaftspolitische Entwicklungen zu beobachten: Da gibt es die einen, die angesichts der großen globalen Krisen die Augen schließen. Sie wollen nichts wissen über den menschengemachten Klimawandel, über Ressourcenverknappung, zunehmende Verwüstung und Artensterben. Man soll sie in Ruhe lassen mit dem Leid der anderen. Was kümmert sie die senegalesische Familie, deren Haus von den Fluten genommen wird? Was haben sie zu schaffen mit den Ernteaussfällen von indischen Bäuer*innen? Was geht es sie an, wenn Kinder in Laos viele Kilometer zu Fuß zurücklegen müssen, um sauberes Wasser trinken zu können. Und schlussendlich: Was können sie für die vielen Toten im Mittelmeer? Trotz halten sie fest an ihren Gewohnheiten, an ihren Privilegien und an ihrem Wohlstand. Sie schreien „Lügenpresse“ und „Volksverräter“, wenn ihnen einer sagt, dass es so nicht weitergeht. Ganz offen sehnen sie sich nach einer starken Führung, nach geschlossenen Grenzen, nach Heimat, Volk und Vaterland.

Und dann gibt es da die anderen, die auf die Straße gehen, weil sie nicht akzeptieren wollen, dass die Welt so sein muss, wie sie derzeit ist. Weil sie kämpfen wollen für ein menschenwürdiges Leben und eine intakte Umwelt und wissen, dass nur beides gleichzeitig zu haben ist. Sie verstehen, was die senegalesischen Familien, die indischen Bäuer*innen und die laotischen Kinder

mit ihnen und ihrem Leben zu tun haben. Sie begreifen, dass die toten Männer, Frauen und Kinder im Mittelmeer in unmittelbarer Verbindung stehen mit dem Wohlstand, den Privilegien und den Gewohnheiten der Menschen im globalen Norden. Sie wissen, dass sie ihre Regierungen in die Verantwortung nehmen müssen, sie zwingen müssen ihre Prioritäten zu verschieben und ihre Gesetze zu ändern. Sie wissen, dass es vor allem der politischen Weichenstellung bedarf, um Pflanzen, Tiere und Menschen zu bewahren.

Zur letzteren Gruppe gehören auffällig oft wir, junge Menschen, die im Natur- und Umweltschutz organisiert und engagiert sind. Für uns heißt es, in den nächsten Jahren eng zusammenstehen, uns vernetzen, austauschen und unterstützen – auch und vor allem international. Wir müssen gemeinsam Strategien entwickeln und Aktionen planen. Das Feld darf nicht den Demokratie- und Menschenfeinden überlassen werden. Eine gerechte Welt ist immer noch möglich. Wir müssen nur daran festhalten und gemeinsam mit aller Entschlossenheit dafür eintreten.

Sina Franz

Bundesleiterin der Naturfreundejugend Deutschlands

Wendelin Haag

Bundesleiter der Naturfreundejugend Deutschlands

Umwelt- und Naturschutz von rechts

Einleitung

Eine unbeschwerter Kindheit mit vielen Freizeitaktivitäten draußen an der frischen Luft, Ausflügen in die Natur oder überhaupt ein Wohnort weit weg von größeren Städten. Wer mit der Erfahrung und dem direkten Erleben einer artenreichen Natur aufgewachsen ist, möchte diese Erfahrungen oft auch für die nachfolgenden Generationen erhalten. Da ist es dann logisch, sich im Natur- und Umweltschutz zu engagieren, bio und fair einzukaufen, sich vegetarisch oder gar vegan zu ernähren und wenn möglich den Konsum in regionalen Wirtschaftskreisläufen zu organisieren. Damit alle Menschen ähnlich schöne Erlebnisse in der Natur haben können und natürlich, damit wir unsere Lebensgrundlage nicht zerstören.

Dies sind übliche Elemente eines alternativ-ökologischen Lebensstils und die beschriebenen Beweggründe werden gemeinhin mit progressivem Denken und dem Einsatz für die Menschenrechte verbunden. Aber leider trifft das nicht immer zu. Auch die **extreme Rechte** setzt sich für den Schutz der Umwelt, der Natur und – bei ihr ganz wichtig – der Heimat ein.

Es gibt kaum ein Thema im Kontext des Natur- und Umweltschutzes, das nicht von rechts bedient wird. Rechte beteiligen sich bei Demonstrationen gegen Atomenergie und grüne Gentechnik, so zum Beispiel bei der „Wir haben es satt“-Demo. Sie sind gegen TTIP, kritisieren das kapitalistische und ein rein auf Wachstum basierendes Wirtschaftssystem und plädieren für eine ökologische Landwirtschaft und eine artgerechte Tierhaltung.

Auch wenn ihre Ziele und teils auch Argumente auf den ersten Blick ganz ähnlich klingen wie die von vielen demokratischen Akteur*innen, ist ihr Engagement nicht verbunden mit dem Schutz von Menschenrechten, sondern grenzt alle als irgendwie anders wahrgenommenen Menschen radikal aus. Was ihr Engagement ausmacht und wo die klaren Unterschiede zu einem demokratischen und menschenbejahenden Natur- und

Umweltschutz liegen, wird in diesem und den nachfolgenden Texten genauer dargestellt. Um zu verstehen, auf welchen Ideen ihr Denken und Handeln fußt, müssen und wollen wir aber zunächst einmal einen Blick in die Geschichte werfen.

Antidemokratische Traditionen

Neu ist das Engagement der extremen Rechten für ökologische Themen nicht. Die Geschichte des deutschen Natur- und Umweltschutzes ist lang, und hier entdecken wir immer wieder den Einfluss von extrem rechten Personen und völkischen oder rassistischen Ideen.

Die erste deutsche Naturschutzbewegung ist im Kaiserreich Ende des 19. Jahrhunderts entstanden. Die führenden Personen in dieser Bewegung setzten sich jedoch nicht allein für den Naturschutz ein, sondern verbanden diesen mit dem Heimatschutz. Das bedeutete, dass nicht nur die heimische Landschaft vor allzu starken Auswirkungen der Industrialisierung und dem Tourismus geschützt werden sollten, sondern auch gesellschaftliche Verhältnisse vor Veränderung. Der Heimatschutz war stark rückwärtsgewandt und wehrte sich gegen Gleichberechtigung, soziale Rechte, Migration und nicht zuletzt gegen das Judentum und seinen angeblichen Einfluss auf die Zerstörung der Heimat und der Natur.

Bei Anhänger*innen dieser Bewegung herrschte die Vorstellung, dass Menschen mit ihrer Geburt Teil einer Art ortsgebundenen Ökosystems würden und mit diesem untrennbar verbunden seien. Also geht in ihren Augen der Schutz der Natur Hand in Hand mit dem Schutz des eigenen Volkes. Gleichzeitig kann diese Vorstellung als Argument gegen jegliche Migration genommen werden, denn Menschen aus anderen Ländern würden demnach nicht in die deutsche Landschaft passen. So ist Heimatschutz historisch gesehen verknüpft gewesen mit der Vorstellung eines „raumgebundenen“ Volkes, mit dem Glauben an das vermeintlich Eigene und Fremde und mit der Über-

zeugung, dass das Eigene vor dem Fremden bewahrt werden müsse.

In der extremsten Form haben diesen Gedanken wohl die Nationalsozialist*innen weitergeführt und große Teile ihrer Politik danach ausgerichtet. Dort nannte man das „Blut und Boden“. Diese „Blut und Boden“-Ideologie basiert auf der Verknüpfung einer „reinen arischen“ Abstammung mit einem vermeintlich dazugehörenden Siedlungsgebiet. Darüber hinaus wollten die Nationalsozialist*innen das deutsche Volk in naturnahen kleinbäuerlichen Gemeinschaften organisieren, wofür sie mehr „Lebensraum“ brauchten. Für diese Ideen wurde ein Vernichtungskrieg in Osteuropa mit grausamen Verbrechen geführt. Nachdem die dort lebenden Menschen ermordet oder deportiert wurden, planten sogenannte Landschaftsanwälte und Landschaftsarchitekten „deutsche“ Landschaften für das „deutsche Volk“.

Mit dem Ende des NS-Regimes lebten diese Ideen genauso wie viele ihrer prominenten Vertreter*innen weiter. Diese fanden entweder ihren Weg in wissenschaftliche Einrichtungen und demokratische Naturschutz- und Umweltverbände oder gründeten dezidiert **rechtsextreme** Organisationen zum Schutz der Natur. Ein Beispiel ist der „Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL)“. Hier wurden nicht nur alte Heimatschutz- und „Blut und Boden“-Argumente vertreten, sondern es wurde auch auf neue Entwicklungen wie dem Bau von Atomkraftwerken und dem Einsatz von Giften in der Landwirtschaft reagiert. Auf den ersten Blick fortschrittliche Bedenken für den Anfang der 1960er Jahre. Auf den zweiten Blick wird klar, dass es hierbei um völkische und rassistische Anliegen und den Schutz des „deutschen Volkes“ ging. So argumentierten sie, dass die möglichen Folgen von radioaktiver Strahlung möglichst eingeschränkt werden sollten, um ein „genetisch starkes Volk“ und die „weiße Herrenrasse“ zu erhalten. Aber wie sieht es nun heute aus?

i Rechtsextremismus dient als Sammelbegriff für eine Vielzahl an Einstellungen und Verhaltensweisen, die auf einer Vorstellung von Ungleichheit basieren. Für Rechtsextreme sind nicht alle Menschen gleich viel wert und sie lehnen deshalb Demokratie und Menschenrechte ab.

Antidemokratische Argumente

Die Argumentationen gegen Atomenergie der extremen Rechten sind seitdem im Wesentlichen die gleichen geblieben. Das „Volk“ ist das wichtigste, und wenn Atomkraft schädlich für das Volk ist, dann wird sie abgelehnt.

Das Gleiche gilt auch für Gentechnik in der Landwirtschaft. Gentechnik stellt einen Eingriff in die Natur dar und dieser kann sich auch auf Menschen auswirken, wenn man gentechnisch veränderte Nahrung zu sich nimmt. Eins ist klar: Die möglichen Folgen und Gefahren von Gentechnik und Atomenergie für Mensch und Umwelt sind nicht zu leugnen, also ist eine vorsichtige oder ablehnende Haltung durchaus berechtigt. Aber Rechtsextreme lehnen diese ab, weil es ihnen dabei um die Sorge und den Schutz des „deutschen Volkskörpers“ geht und nicht, weil sie diese Gefahren von allen Menschen abwehren wollen.

Hinzu kommt die Ablehnung von internationalen Konzernen, wie zum Beispiel dem amerikanischen Konzern Monsanto (inzwischen Teil der deutschen Bayer AG). Bei aller berechtigten Kritik an solchen Konzernen, müssen wir auch hier wieder auf die Motive und Hintergründe schauen. Im völkischen Denken steht das Volk und dann auch die Nation im Vordergrund und über anderen Nationen. Globalisierung und internationale Wirtschaft werden als Eingriff in die eigene Unabhängigkeit gesehen und größtenteils abgelehnt. Angeblich würden jüdische Menschen sämtliche Börsen und Firmen kontrollieren, was



nachgewiesenermaßen Unsinn ist, aber sich als Verschwörungstheorie seit mehr als 100 Jahren hält. So steckt hinter dieser Kritik oft ein offener Anti-Amerikanismus und Antisemitismus.

Tierliebe als Deckmantel

Die ethische Frage nach dem Umgang mit anderen Lebewesen wird schon lange diskutiert. Darf man Tiere essen und, falls ja, welches Leben soll ihnen vorher ermöglicht werden? Auch an diese Fragen knüpfen Rechtsextreme an und engagieren sich für Tierrechte. Doch auch hier wird bei genauerem Hinschauen deutlich, dass es ihnen bei ihrem Engagement in erster Linie darum geht, ihre Verachtung für Menschen muslimischen und jüdischen Glaubens zum Ausdruck zu bringen. In nahezu allen Parteien und Gruppierungen der extremen Rechten finden sich Forderungen nach dem Verbot des religiösen Schächtens. Schächten ist das betäubungslose rituelle (heute mit Kurzzeitbetäubung betriebene) Schlachten von Tieren im Judentum und Islam. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass es dafür eine Berechtigung braucht und dies nur von entsprechend ausgebildeten Menschen durchgeführt werden darf.

Der Einsatz für Tierrechte und das Führen der Diskussion darüber, ob es überhaupt ein ethisch korrektes Schlachten gibt, ist natürlich berechtigt. Doch auch hier ist die Kritik von der extrem rechten Seite rassistisch, antisemitisch und antimuslimisch begründet. Es geht also nicht wirklich um das Wohl der Tiere, sondern um die Ausgrenzung von Menschen, die nicht in eine völkische Vorstellung von Gesellschaft passen. Das lässt sich übrigens auch seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit den ersten Tierschutzvereinen nachweisen und kam exakt so in der NS-Propaganda vor.

Hier könnten nun viele weitere Beispiele folgen, etwa zum Thema Schutz des Waldes, ökologischer Landbau bis zur Forderung nach einer Postwachstumsgesellschaft (siehe den Text „Postwachstum von rechts“ auf Seite 17). Eines ist wohl

bereits klar geworden: Es gibt viele gute und teils sehr unterschiedliche Gründe, sich für den Schutz von Natur, Umwelt und Tieren einzusetzen. Doch es gibt auch solche, die verbunden sind mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit. Deshalb ist es notwendig und wichtig, immer genau auf die Motive und Hintergründe zu schauen, warum sich jemand für bestimmte Themen einsetzt. Denn der Verzicht auf Demokratie und Menschenrechte kann und darf nicht der Preis für Natur- und Umweltschutz sein.

Weiterlesen

Bierl, Peter: Grüne Braune. Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts. Münster, 2014.

Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten. Bonn, 2015 (online abrufbar unter www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/skript394.pdf).

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz. Eine Diskussion. Berlin, 2019 (online abrufbar unter www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_aspekte_gruppenbezogener_menschenfeindlichkeit_2019.pdf).

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung. Berlin, 2018 (online abrufbar unter www.nf-farn.de/system/files/documents/handreichung1_farn_fuer_web.pdf).

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN): Wenn Rechtsextreme von Naturschutz

reden – Argumente und Mythen. Ein Leitfaden. Berlin, 2019 (online abrufbar unter www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_leitfaden_wenn_rechtsextreme_von_naturschutz_reden.pdf).

Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Naturschutz gegen Rechtsextremismus – eine Argumentationshilfe. Mainz, 2012 (online abrufbar unter umdenken.rlp.de/fileadmin/um_denken/PDFs_Logos_PowerPoints/Dateien_Naturschutz_gegen_rechts/broschuere_ngr_downloadversion.pdf).

Klara Kauhausen & Yannick Passeick

*Die Autor*innen sind Bildungsreferent*innen der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN), die im Jahr 2017 gemeinsam von den NaturFreunden Deutschlands und der Naturfreundejugend Deutschlands gegründet wurde.*

Söhne und Töchter der Taiga. Zur völkisch-esoterischen Anastasia-Bewegung

Es gibt eine neue Hoffnungsträgerin für alle, die sich auf der Suche nach dem Sinn des Lebens und einer Erklärung der Welt befinden: Ihr Name ist Anastasia und sie hat eine Antwort auf alle deine Fragen. Vorausgesetzt, du hast ein Faible für einfache Unterscheidungen in „Gut“ und „Böse“ und bist bereit, dich durch die zehn Bände eines esoterischen Kitsch-Romans des russischen Autors Wladimir Megre zu kämpfen.

Das Märchen der Anastasia

Wer diese Herausforderung annimmt, taucht in das fantastische Leben der Anastasia ein: Sie lebt in der russischen Taiga im Einklang mit der Natur, allein mit den heimischen Tieren, die ihr aufs Wort gehorchen. Wenn sie Hunger hat, bringen Eichhörnchen ihr Essen. Sie kann teleportieren und telepathisch mit allen Menschen auf der Welt kommunizieren, sie spricht alle Sprachen, weiß alles über die Zukunft, die Gegenwart und die Vergangenheit und verfügt über die höchste Gedankengeschwindigkeit von allen menschlichen Wesen. Außerdem besitzt sie einen Heilstrahl, kennt alle Erfahrungen aller Menschen – Anastasia kann mit ihren bloßen Gedanken die Welt verändern.

Auch wenn diese metaphysischen Kräfte etwas anderes vermuten lassen – Anastasia wird als ganz normaler Mensch präsentiert, deren Fähigkeiten wir alle besitzen könnten, wenn wir unsere Lebensweise radikal ändern würden. Denn die „Technokratisierung“ der Moderne habe die Menschen zu weit von ihrem vermeintlich natürlichen Ursprung entfernt und sie so ihre Begabungen vergessen lassen. Um zu diesem erfundenen „Naturzustand“ zurückzukehren, sollen sich die Menschen von der schädlichen Moderne frei machen und sich auf dem Land niederlassen – soweit die Ausführungen von Waldimir Megre.

„Dunkelmächte“, ein „Oberpriester“ und der „Dämon Kratie“

Doch neben den Schilderungen der beeindruckenden Kräfte Anastasias beinhaltet die Romanreihe Welterklärungen nach verschwörungsideologischen Gut-Böse-Schemata. So habe ein

im Verborgenen agierender „Oberpriester“ das Böse in die Welt gebracht und damit den paradiesischen Urzustand beendet. Fortan beherrschte er im Hintergrund das Geschehen der Welt und machte Bürger*innen wie Herrscher*innen der Staaten zu seinen Sklav*innen. Um diese Herrschaft aufrecht erhalten zu können, schuf der Dämon Kratie laut Megre ein System, in dem sich alle Sklav*innen frei fühlten und ihre Unterdrückung nicht wahrnahmen und benannte diese nach sich: die Demokratie (Anastasia, Band 8.1: Neue Zivilisation, S. 65).

Eine besondere Rolle kommt in diesem System den Jüd*innen zu: Sie seien vom Oberpriester zu seinen Soldat*innen gemacht worden und verpflichtet, die Herrschaft über die Menschen auf der ganzen Erde zu ergreifen. Als „wohlhabende“, hinterlistige Verschwörer*innen und Betrüger*innen hätten die Jüd*innen laut Megre „vor den Menschen Schuld“. So erklärt sich der Autor schließlich auch die Jahrtausende lange Geschichte ihrer Verfolgung und Vernichtung, für die Megre die Jüd*innen selbst verantwortlich macht (Anastasia, Band 6: Das Wissen der Ahnen, S. 172 ff).

„Im Zeichen der Liebe“?

Zu den Instrumenten des Oberpriesters gehören zudem die „Dunkelkräfte“, welche Einfluss auf den „Geist der Menschen“ nehmen würden, indem sie deren Triebe anstacheln. Sie bedienen sich beispielsweise der Frauen und „insbesondere ihrer Schönheit“, welche die Männer mit dem „äußeren Glanz einer leeren Hülle“ verführen würden. Nach diesem „Betrug“ gelten die Frauen als nicht mehr „rein“ und könnten ihrer angestammten Position als Muse des Mannes nicht mehr nachkommen (Anastasia, Band 1: Tochter der Taiga, S.63).

Ähnliche antifeministische Einstellungen beinhaltet auch das Konzept der Telegonie, welches in den Romanen näher beschrieben wird. Nach dieser seit langem verworfenen Pseudo-Lehre prägt der erste Sexualpartner einer Frau den

„Stempel seines Geistes und seines Blutes auf“, welcher das Aussehen und den Charakter ihrer späteren Kinder vorbestimmt. Als Beleg für diese Theorie führt Megre schwarze Kinder weißer Eltern an, bei denen die Mutter oder sogar die Großmutter des Kindes Geschlechtsverkehr mit einem schwarzen Mann gehabt haben soll (Anastasia, Band 8.2: Die Bräuche der Liebe, S.37).

Megre verbindet hier rassenideologische Annahmen mit der Angst des Mannes, den Zugriff auf den Körper „seiner“ Frau zu verlieren. Zudem werden hier Vorstellungen von „Reinheit“ und „Natürlichkeit“ einer Frau deutlich, die in esoterischen Pseudo-Lehren weit verbreitet sind. Diese spiegeln sich in starr gegenübergestellten Geschlechterbildern wider, nach denen der Mann die rationale, schaffende, soldatische Rolle einnimmt, wohingegen Frauen als emotional, reproduktiv und sorgend gesehen werden. Letztere könnten zudem erst als Mütter volle Erfüllung und Anerkennung finden.

Vom Buch zur Bewegung

Ungeachtet der Tatsache, dass es für die reale Existenz Anastasias keinen einzigen Beleg gibt – von einer plausiblen Erklärung ihrer Fähigkeiten ganz zu schweigen – fand sich eine Anhänger*innenschaft zusammen, um die in den Büchern dargelegten Pläne eines Austritts aus dem „Zeitalter der Dunkelmächte“ in die Tat umzusetzen. Befeuert werden sie von Megre selbst, der Anastasia als eine reale Persönlichkeit und die Handlung der Romanreihe als seine eigenen Erfahrungen mit ihr verkauft, um die Popularität seiner Bücher und Merchandise-Produkte aufrechtzuerhalten.

Von Russland und den osteuropäischen Ländern ausgehend, etablierten sich in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Gebiet Lesekreise und Gesprächsrunden zu den Büchern sowie die „Anastasia-Festspiele“ als jährliches Szenetreffen. Um dem Ziel eines Lebens im Einklang der Natur näher zu kommen,



errichten einzelne Akteur*innen derzeit sogenannte „Familienlandsitze“, auf denen sie als Kleingärtner*innen auf einem Hektar Land laut Megre alles Lebensnotwendige anbauen sollen. Durch diesen positiven Bezug auf den ländlichen Raum und die Natur sowie die Bewirtschaftung eigener Anbauflächen erklärt sich der besondere Anklang, den die Romanreihe in alternativ-ökologischen und bio-landwirtschaftlichen Kontexten finden konnte. Nach Angaben des Autors wurden die Bücher mehr als 20 Millionen Mal verkauft.

Zur Gefahr völkischer Esoterik

Angesichts der Rassenideologie, des Antisemitismus und des Antifeminismus überrascht es nicht, dass die Anastasia-Bewegung Rechtsextreme (siehe den Infokasten auf Seite 7) anzieht. Der esoterische Gehalt der Bücher ist besonders für Teile der

i

Reichsbürger*innen glauben nicht an die rechtmäßige Existenz der Bundesrepublik Deutschland. In verschiedenen Verschwörungstheorien begründen sie damit, dass sie Bürger*innen des Deutschen Reiches von 1871, 1919 oder 1933 seien und deshalb auch nicht auf Behörden hören müssten. So weigern sie sich beispielsweise Steuern oder Bußgelder zu bezahlen und glauben, dass Deutschland sich nach wie vor im Krieg mit den Alliierten des 2. Weltkriegs befindet.

Als völkische Siedler*innen werden extrem rechts orientierte Familien und Gemeinschaften bezeichnet, die sich im ländlichen Raum niederlassen, abgeschottet von der Gesellschaft Bauernhöfe und Handwerksunternehmen betreiben und ihre völkische (per Abstammung „reine deutsche“) Vorstellung frei ausleben.

Reichsbürger*innen oder für völkische Siedler*innen attraktiv, die wiederholt bei Anastasia-Veranstaltungen auftraten und dort in kruden Vorträgen ihre menschenfeindliche Ideologie ausbreiten konnten. Personelle Überschneidungen zeigen sich zum Beispiel darin, dass auf dem Grundstück eines solchen „Familienlandsitzes“ im brandenburgischen Grabow auch ein Zeltlager des völkischen Jugendbundes Sturmvogel stattfand, der in der Tradition der Hitlerjugend steht. Außerdem stellten die Besitzer*innen des Hofes auf einem „Informationsabend“ im Ort die Migration nach Deutschland als ein von den USA gesteuertes Instrument dar, um die deutsche Bevölkerung auszutauschen (www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/04/brandenburg-rechte-siedler-gemeinschaft-anastasia-grabow-liebe.html).

i

Die Idee vom „Großen Austausch“ oder „Bevölkerungsaustausch“ geht zurück auf den französischen Autor Renaud Camus und ist eine Verschwörungstheorie, nach der die weißen europäischen Menschen durch Migrationsbewegungen nach und nach durch Menschen afrikanischer und arabischer Herkunft ausgetauscht werden würden.

aufgeklärten und freien Gesellschaft verpflichtet fühlt, muss daher einen kritischen Blick auf esoterische Welterklärungen beibehalten.

Weiterlesen

Infosekta (2016): Einordnung der Anastasia-Bewegung im rechts esoterischen Spektrum. Einfluss der Bewegung auf Bildungsangebote, mögliche Folgen bezüglich Gesundheitsverhalten und Konsequenzen hinsichtlich Erziehungskonzepten (online abrufbar unter: http://www.infosekta.ch/media/pdf/Anastasia-Bewegung_10112016_.pdf).

Röpke, Andrea und Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Berlin: Ch. Links Verlag.

Vetter, Andrea/ Humburg, Anja/Mallien, Lara: Anastasia – die Macht eines Phantoms. Die Roman-Reihe des russischen Fantasy-Autors Wladimir Megre bringt eine Siedlungs-Bewegung mit bedenklichen Tendenzen hervor. oya | anders denken. anders leben., 45/2017 (online abrufbar unter: https://oya-online.de/article/read/2777-anastasia_die_macht_eines_phantoms.html?).

Die hochgradig antidemokratische und verschwörungstheoretische Weltanschauung der Anastasia-Romane zeigt dennoch, dass Esoterik nicht erst problematisch wird, wenn sie von eindeutigen Rechtsextremen vereinnahmt wird. Vielmehr beinhalten esoterische Lehren fast immer einen irrationalen, anti-aufklärerischen und anti-modernen Kern. Wer die eigene soziale Lage oder gesellschaftliche Zusammenhänge als ein vorbestimmtes Schicksal begreift und sich diesem unterordnet, ignoriert nicht nur das Potenzial menschlichen Handelns, sondern beraubt sich auch selbst der Möglichkeit, politische Lösungen für soziale Missstände zu suchen. Wer sich dem Projekt einer

Marius Hellwig

Der Autor ist Referent der Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung und beschäftigt sich dort mit völkischer Ideologie. Er ist Mitglied des Fachbeirats der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

Klimaleugnung: Was es ist, wer es macht und was wir tun können

Die Klimakrise ist bittere Realität. Sie verändert unumkehrbar das globale Klima, mit großen ökologischen und sozialen Folgen. Extreme Wetterereignisse wie Dürren und Überflutungen verschärfen den Hunger in der Welt. Die Klimakrise befeuert Bürger*innenkriege und zwingt Menschen zur Flucht. Die Ursachen und Folgen der menschengemachten Klimakrise sind durch den Weltklimarat wissenschaftlich anerkannt. Dennoch gibt es Menschen, die sich wissenschaftlicher Erkenntnis verweigern: sogenannte Klimaleugner*innen. Sie leugnen oder relativieren aus politischem Kalkül die Ursachen und Folgen der menschengemachten Klimakrise und hinterfragen den Sinn von klimapolitischen Maßnahmen. Selbst bezeichnen sie sich als „Klimaskeptiker“ (das Phänomen betrifft meist Männer*). Das führt jedoch in die Irre: Skepsis im eigentlichen Sinne meint stetes Hinterfragen, um so das eigene Denken zu erweitern. Doch klar ist: Hinter der vermeintlichen Skepsis der Klimaleugner*innen verbirgt sich pure Wissenschaftsfeindlichkeit. Daher wird im Folgenden der Begriff Klimaleugner*innen verwendet.

Was ist Klimaleugnung?

Die Gruppe der Klimaleugner*innen ist keinesfalls einheitlich. Um im Alltag einzelnen Klimaleugner*innen argumentativ zu begegnen, ist es sinnvoll, sich mit den verschiedenen Ausprägungen der Klimaleugnung auseinanderzusetzen. Denn hinter diesen verbergen sich teilweise unterschiedliche Absichten.

Für Klimaleugner*innen im Wortsinn ist die Existenz der menschengemachten Klimakrise nichts als eine Lüge. Für sie gilt: „Climate change is a hoax“ („Der Klimawandel ist ein Scherz.“). Das Leugnen der Klimakrise ist ein geeignetes Mittel, um unsere bisherige Wirtschaftsweise und verfestigte Machtstrukturen als Mitverursacher der Klimakrise nicht hinterfragen oder gar ändern zu müssen. Die unbequeme Frage nach der historischen Verantwortung muss nicht beantwortet werden – praktisch! Blöd nur, dass die Klimakrise keine Grenzen kennt und alle Menschen (oder Länder) – wenn auch nicht in demselben Maße – bedroht.

Bei der etwas weicheren Form der „interpretativen Leugnung“ werden die Tatsachen der Klimakrise neu interpretiert. Häufiges Phänomen ist die Rosinenpickerei: Ich seh’ in der Welt nur das, was mir gefällt. Das Bild wird so verzerrt, dass es der eigenen Meinung entspricht. Meist wird nur ein Teil von wissenschaftlichen Studien zitiert oder sie werden aus dem Zusammenhang gerissen. Beliebtes Argument: Das Treibhausgas CO₂ könne keinen großen Effekt auf das globale Klima ausüben, da seine Konzentration in der Atmosphäre zu gering sei.

Da die Suche nach der Nadel im Heuhaufen fürs eigene Weltbild mitunter umständlich ist, wäre noch die „implikatorische Leugnung“ im Angebot. Das Phänomen ist häufig in Politik und Wirtschaft zu beobachten. Die Klimakrise wird als real betrachtet – aber aus den Erkenntnissen kein Handeln abgeleitet. Denn es gäbe dringlichere globale Probleme als die „Klimahysterie“: Hunger etwa oder das Sicherstellen der Rente. Außerdem koste das alles viel Geld. Bei dieser Art der Leugnung findet sich meist eine starke Technikgläubigkeit: Wenn wir nur die entsprechenden Technologien entwickeln, löst sich das Problem von alleine.

Um der Klimakrise zu begegnen, braucht es jedoch tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen: die sozial-ökologische Transformation. Diese wird bei allen Formen der Klimaleugnung als unwichtig abgetan, ebenso wie eine moralische Verpflichtung oder politische Verantwortung gegenüber den Betroffenen.

Klimaleugner*innen und ihre Netzwerke

Im Zentrum der deutschen Klimaleugner*innen stehen die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) und das pseudowissenschaftliche „Europäische Institut für Klima und Energie“ (EIKE).

Die AfD schreibt in ihrem Grundsatzprogramm: „Die AfD macht Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und „Transformation der Gesellschaft“. [...]



Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.“ Schließlich kostet Dekarbonisierung Geld und Klimaschutzpolitik erfordert eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern über die eigene Grenze und damit den eigenen Tellerrand hinaus. Gemeinwohlorientierte Klimaschutz-Organisationen werden von ihnen als Teil der politischen Elite betrachtet. Diese arbeiteten gegen landeseigene Interessen und sollten daher nicht weiter legitimiert sein (siehe zur Umweltpolitik der AfD auch www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-die-braungruenen-1.3658420).

In jüngster Vergangenheit hat die Jugend-Bewegung „Fridays for Future“ (FFF) viel Aufmerksamkeit erfahren. Die sächsische AfD hat gar versucht, der FFF-Bewegung mit einem „Klima-Quiz“ zu begegnen. Die bereitgestellten Antworten

sind manipulativ und teils falsch. Das Quiz wird von Harald Lesch (Terra X) und Stefan Rahmstorf (Potsdam Institut für Klimafolgen-Forschung) in der Sendung „Das AfD-Klima-Quiz für Schüler“ analysiert. Neben der Richtigstellung von Klimafakten zeigt das Video auch, wie das Verbreiten von Propaganda funktioniert.

Interessant ist, dass auf europäischer Ebene die Haltungen der rechtspopulistischen Parteien zu Klimakrise und Klimapolitik teils abweichen. Eine genauere Analyse hat der Think-Tank „Adelphi“ vorgenommen (www.adelphi.de/de/im-fokus/rechts-populismus-und-klimapolitik-europa).

Die AfD stützt ihre Aussagen auf EIKE. Entgegen des Namens ist EIKE kein wissenschaftliches Institut, sondern ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Jena. Dessen Leitspruch lautet: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“. EIKE existiert nur als Webseite und veranstaltet ab und an Tagungen mit Vertreter*innen des „Heartland Institute“. Das US-amerikanische Institut wurde von Unternehmen der Erdölindustrie bezahlt, um eine Kampagne gegen die Arbeit des Weltklimarats durchzuführen. Das widerspricht der Behauptung des Instituts, als „öffentliches Forum die Klima- und Energiefakten ideologiefrei darzustellen“ (siehe auch www.klimaretter.info/forschung/hintergrund/10591-die-finanzierung-der-zweifel-am-klimawandel).

Deutsche Unternehmen der Kohleindustrie haben wenig Interesse an einer ernsthaften Klimapolitik. So hat der ehemalige RWE-Vorstand Fritz Vahrenholt eines der Standard-Bücher („Die kalte Sonne“) der Klimaleugner*innen-Szene verfasst. Darüber hinaus verbreitet er seine Aussagen als Gastautor auf dem rechten Blog „Achse des Guten“.

In der Vergangenheit konnte die von einem Rechtsrocker gegründete Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ (ZA) mit ihrem „Dieselprotest“ Erfolge feiern. ZA setzt sich für den

Erhalt des umweltschädigenden Dieselmotors ein und hat bei den Betriebsrats-Wahlen eines Daimler-Werks mehrere Sitze gewinnen können. Die dortige IG-Metall fürchtet, dass rechte Strömungen in der Belegschaft stärker werden. ZA steht der rechten Bewegung PEGIDA nahe, wendet sich gegen die „etablierten Gewerkschaften“ und die Globalisierung – letztere habe die „Migrationskrise“ verursacht (siehe auch www.handelsblatt.com/politik/deutschland/zentrum-automobil-verfassungsschuetzer-warnt-vor-rechten-umtrieben-unter-betriebsraeten/24866528.html).

Auffallend ist, dass rechte Berichterstattung zu klimabezogenen Themen meist einhergeht mit **gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit**. Die „neu-rechte“ (siehe den Infokasten auf Seite 19) Zeitschrift *Compact* hetzt gegen FFF-Aktivist*innen wie Greta Thunberg mit sexistischen, frauen*verachtenden und teils behindertenfeindlichen (Greta Thunberg ist Autistin) Beiträgen. In ihrer Sonderausgabe „Klimawandel. Fakten gegen die Hysterie“ wird gegen Wissenschaft, Muslim*innen und die „rot-grüne Weltverschwörung“ gewettert. Auf Youtube ruft der rechtsradikale „Volkslehrer Nikolai“ seine Follower*innen zum Besuch der FFF-Demonstrationen auf – um dort ihre menschenverachtenden Inhalte zu verbreiten.



Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) beschreibt abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sexualität, Religion und vielem mehr. Diese menschenfeindliche Haltung kann sich in ausgrenzendem oder gewalttätigem Verhalten gegenüber entsprechenden Menschen äußern.

Was wir dagegen tun können

Klimawissenschaftler*innen stehen vor der Herausforderung, komplizierte Sachverhalte in einfache Aussagen zu übersetzen. Meist werden wenige Aussagen ausführlich erklärt. Sonst droht die berühmte Komplexitätsfalle und es wird schnell unübersichtlich. Für das Gespräch mit Klimaleugner*innen bietet sich dasselbe Vorgehen an: wenige Fakten ausführlich erklären. Auf lange Sicht sollten Fakten überzeugen – auch wenn Emotionen im ersten Moment bewegen. Ein weiteres Vorgehen ist, die Klimalüge des Gegenübers nicht zu wiederholen, denn sonst verfestigt sich diese Falschaussage klammheimlich im Unterbewusstsein. Meist hilft höfliches Nachfragen oder das Gegenüber auf geäußerte Widersprüche hinzuweisen. Ein Gespräch mit Klimaleugner*innen ist sinnvoll und kann dabei ganz schön anstrengend sein. Wer sich solch eine Auseinandersetzung antut, sollte sich vorab über folgende zwei Dinge im Klaren sein:

Erstens: Wie fit bin ich in der Theorie der Klimakrise? Kann ich die richtigen Sachverhalte klar und in kurzen Sätzen aus dem Kopf erklären? (Für die Profis unter euch: Beliebter Denkfehler von Klimaleugner*innen ist die Verwechslung von Wetter mit Klima.)



Auf den Webseiten www.klimafakten.de und <http://klimartikulieren.at> findet ihr Hintergrundinformationen.

Zweitens: Mit wem diskutiere ich – habe ich gegebenenfalls Unterstützung von Gleichgesinnten? Was ist meine Absicht: Möchte ich der Falschaussage widersprechen oder mein Gegenüber überzeugen? Wo liegen meine persönlichen Grenzen in der Diskussion?

Power to the people!

Zusammengefasst lässt sich sagen: Wer die Klimakrise leugnet und sich einer ernsthaften Klimapolitik verweigert, wendet sich gegen Wissenschaft, Demokratie und Menschenrechte. Umso wichtiger ist das Engagement für eine plurale Gesellschaft. Noch geschieht die sozial-ökologische Transformation träge und politischem Handeln fehlt es an Radikalität. Angebrachte ordnungspolitische Maßnahmen wie eine Steuer auf Benzin scheiterten bisher an profitorientierten Interessen und werden von ihren Kritiker*innen als „Ökofaschismus“ polemisiert.

Neben Suffizienzpolitik ist eine Auseinandersetzung mit bestehenden Machtverhältnissen die wohl stärkste Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Eine radikale Klimapolitik hört auf die stillen Stimmen der Frauen*, Armen, Kinder, Lesben, Schwarzen und Menschen mit Behinderung. Wer das Klima schützt, stärkt Menschenrechte. Power to the people!

Weiterlesen

Brunnengräber, A. und Walk, H. (2018): Demokratische Herausforderungen durch Klimaskeptiker. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 393-402.

Björnberg, K.E./Karlsson, M./Gilek, M. and Hansson, S.O. (2017): Climate and environmental science denial. A review of the scientific literature published in 1990–2015. *Journal of Cleaner Production*, 167, pp. 229-241.

Schaller, S. and Carius, A. (2019): Convenient Truths. Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe.

Soentgen, J. und Bilandzic, H. (2014): Die Struktur klimaskeptischer Argumente. Verschwörungstheorie als Wissenschaftskritik. *GAIA: Ecological Perspectives for Science & Society*, 23(1).

ZDF (2019): Das AfD-Klima-Quiz für Schüler (online abrufbar unter www.zdf.de/dokumentation/terra-x/lesch-und-co-das-afd-klima-quiz-fuer-schueler-100.html).

Helene Helix Heyer

Die Autorin studiert im Master Stadtökologie an der TU Berlin. Sie ist Mitglied im Bundesvorstand der BUNDjugend und Jugendvertretung im Wissenschaftlichen Beirat des BUND. Dort beschäftigt sich Helix unter anderem mit Klimagerechtigkeit, (Stadt-)Naturschutz und dem Heimat-Begriff.

Postwachstum von rechts: Wie Rechte versuchen, die Wachstumskritik zu vereinnahmen – und was sich dagegen tun lässt!

Seit einigen Jahren gibt es breite Diskussionen um Wachstumskritik, Postwachstum und Degrowth. Wachstumskritiker*innen beharren darauf, dass ein Ausweg aus der globalen Umweltkrise und eine gerechtere Welt für alle Menschen nur durch eine Abkehr von der heute vorherrschenden gesellschaftlichen Wachstumsfixierung zu erreichen sein wird. Wie auch gegenüber anderen ökologisch motivierten Bewegungen wird auch gegenüber den Wachstumskritiker*innen immer wieder der Vorwurf erhoben, dass ihre Argumente durch die autoritär-nationalistische und völkisch-rassistische Rechte übernommen und vereinnahmt werden könnten. Diese Kritik ist allerdings oft stark verallgemeinernd, erhebt scharfe Vorwürfe gegen „die Postwachstumsdebatte“ als Ganze, und zielt in manchen Fällen eher darauf, Wachstumskritik insgesamt verächtlich zu machen. Deswegen weisen die so Kritisierten diese Einwürfe meist einfach nur verärgert zurück, statt sich ernsthaft zu fragen, an welchen Stellen sie nicht vielleicht doch berechtigt sind. In der Tat tun Postwachstumsbefürworter*innen nicht schlecht daran, ihre Argumente immer wieder darauf zu prüfen, ob sie nicht tatsächlich für eine solche Vereinnahmung von rechts anschlussfähig sind.

Weil der Gegenstand „Wachstum“ so unklar bestimmt ist, kann Wachstumskritik in der Tat sehr viel Unterschiedliches meinen und ist als solche deshalb politisch nicht klar verortbar. Dementsprechend gibt es wachstumskritische Positionen auch in fast allen politischen Lagern – mit Ausnahme allenfalls des wirtschaftsliberalen Spektrums. Es überrascht also nicht, dass Wachstumskritik auch in der politischen Rechten Anklang findet. Das ist zwar schon länger so, aber es ist dringlicher geworden, sich damit auseinanderzusetzen: denn mit dem Erstarren des autoritären Nationalismus in den letzten Jahren haben politische Kräfte an Einfluss gewonnen, die mit ihren rassistischen Ideologien teilweise versuchen an dieser verbreiteten Wachstumsskepsis anzudocken.

Ein Beispiel dafür ist die als wachstumskritisch geltende italienische Regierungspartei „Fünf-Sterne-Bewegung“: Aus einer gefühlten gemeinsamen Gegnerschaft zum „Neoliberalismus“ und zur Austeritätspolitik der EU heraus meinte sie, den Feind ihres Feindes zum Freund machen zu müssen und bildete 2018 eine Regierung mit der neofaschistischen „Lega“. Im Ergebnis trug sie die menschenfeindlichen Diskriminierungsmaßnahmen und die mörderische Abschottungspolitik eines offen rassistischen Innenministers mit, konnte keine eigenen Akzente setzen und hat in den Umfragen massiv an die Rechten verloren. Angesichts solcher katastrophaler Fehler einer Wachstumskritik, die sich als „weder rechts noch links“ versteht, müssen Wachstumskritiker*innen, die sich als emanzipatorisch verstehen, sich klar abgrenzen und in der

Love Nature. Not Fascism.



Formulierung ihrer eigenen Positionen die Unvereinbarkeit mit rechten Ideologien ins Zentrum stellen.

Rechtspopulismus und Wachstum: Unhinterfragte Befürwortung

Nun ist rechts nicht gleich rechts und verschiedene autoritär-nationalistische Akteur*innen stehen dem Wachstum und seiner Kritik ganz unterschiedlich gegenüber. Am einfachsten liegt die Sache bei denjenigen Kräften, die sich zentral einer populistischen Strategie bedienen – zum Beispiel Trump, die Befürworter*innen des Brexit oder die polnischen und ungarischen Regierungsparteien. „Populismus“ meint hier eine politische Strategie, die oftmals mit Schuldzuweisungen gegenüber Minderheiten und „denen da oben“ auf kurzfristigen Erfolg in Wahlen und Abstimmungen zielt. Solche Kräfte können mit Wachstumskritik meist nichts anfangen, ist Wachstum doch in ihrer Vorstellung des „gesunden Volksempfindens“ nach wie vor positiv besetzt, weil mit persönlichen Wohlstandsgewinnen assoziiert. Dass solche Kräfte versuchen könnten, die Wachstumskritik zu vereinnahmen, ist eher nicht zu befürchten.

Völkischer Rassismus: Wachstumskritik von rechts

Anders steht es mit den offen völkisch-rassistischen Strömungen der Rechten. In der AfD ist solches Gedankengut prominent durch den thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke vertreten, der ideologisch klar im völkisch-rassistischen Spektrum verortet ist. Er verbindet seine Vorstellungen einer völkischen Wende mit offener Wachstumskritik. Ins Zentrum dieser Kritik stellt er jedoch nicht etwa die Steigerungszwänge, die sich aus dem kapitalistischen Wettbewerbsprinzip und der abstrakten Logik der erweiterten Reproduktion des Kapitals ergeben, sondern den Zins: „Die gegenwärtige Krise ist definitiv keine [...] der Marktwirtschaft, sondern eine des korrespondierenden Geldsystems, des zinsbasierten Kapitalismus,“ so Höcke in einem Leserbrief an die rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* 2008. Gemäß einer langen Tradition scheinbar antikapitalisti-

scher rechter Argumentationen verortet er so das Problem in antisemitisch aufgeladener Weise im „parasitären“ Wesen des verzinslichen Kredits. Den Schritt zur Zuweisung der Schuld für die negativen Folgen des Wachstums an „die Juden“ nimmt Höcke nicht explizit vor, doch sein Publikum wird verstehen, was gemeint ist. Dass zinskritische Argumente, wenn auch nicht in dieser Form antisemitisch aufgeladen, auch in Teilen der Postwachstumsdebatte immer wieder angeführt werden, sollte emanzipatorisch orientierten Wachstumskritiker*innen zu denken geben.

Felix Menzel, **Neu-Rechter** und selbsterklärter intellektueller Kopf der „Identitären Bewegung“, veröffentlichte im Blog von Götz Kubitscheks Zeitschrift *Sezession* eine Reihe zur Wachstumskritik, die neben der Zinskritik vor allem das Bevölkerungswachstum im **globalen Süden** als angebliche Gefahr für die Gesellschaften des **globalen Nordens** hervorhebt. Um dem entgegenzutreten, so Menzel, müssten vor allem Migrationsbewegungen verhindert werden, nötig sei eine Abkehr von der Globalisierung und eine Rückbesinnung auf das „Eigene“ nationaler und regionaler Kulturen. Die Nähe zu manchen Varianten von Wachstumskritik ist augenfällig. Und so ruft Menzel denn auch linke Kritiker*innen von Wachstum und Globalisierung auf, sich dem völkischen Denken zuzuwenden, um gemeinsam gegen eine „Metaideologie“ der „grenzenlosen Flexibilität“ und für „ein bescheidenes Leben auf der Basis des gesunden Menschenverstandes“ zu kämpfen. Dass dieses „Angebot“ auf das Schärfste zurückgewiesen werden muss, sollte klar sein.

Wie damit umgehen?

Das deutschsprachige Postwachstumsspektrum hat erst in Ansätzen begonnen, sich der Auseinandersetzung mit Vereinnahmungsversuchen von rechts zu stellen. Während bei konservativen Wachstumskritiker*innen (wie Meinhard Miegel) und in der suffizienzorientierten, allein auf den individuellen Verzicht fokussierten Strömung (zum Beispiel Niko Paech) kaum Prob-

i

„Neue Rechte“: Zur „Neuen Rechten“ gehören in Deutschland unter anderen der Verleger Götz Kubitschek und die „Identitäre Bewegung“.

Die „Neue Rechte“ bedient sich, statt offen Bezug auf den historischen Faschismus und Nationalsozialismus zu nehmen, lieber bei der Tradition der sogenannten „Konservativen Revolution“ in der Zwischenkriegszeit. Sie vertritt die bis in die politische Mitte hinein anschlussfähige Vorstellung, dass Ungleichheiten zwischen Menschen durch ihre Zugehörigkeit zu unterschiedlichen „Kulturen“ berechtigt und eine Vermischung derselben schädlich sei. Zwar wird nicht mehr offen mit angeblicher biologischer Höher- und Minderwertigkeit von „Rassen“ argumentiert und die Ausrottung anderer „Völker“ gefordert, wohl aber behauptet, dass es für alle am besten sei, wenn jede*r da bleibe, wo er*sie hingehöre. Der wichtigste Glaubenssatz des völkischen Rassismus bleibt dabei erhalten: Es gebe verschiedene Menschentypen, die ungleich seien *und es bleiben müssten*. Somit sind solche Ideologien stets im Kern gegen Forderungen nach Gleichheit gerichtet, gegen eine universalistische Einbeziehung *aller* Menschen in solche Gleichheitsansprüche und gegen die Vorstellung individueller Freiheiten und Rechte der Einzelnen auch gegenüber „ihrer eigenen“ Gruppe oder „ihrem Volk“.

i

Globaler Norden, globaler Süden: Der globale Süden beschreibt eine im Vergleich politisch und ökonomisch benachteiligte Position, wohingegen der globale Norden eine mit Privilegien verbundene Position auf der Welt beschreibt. Die Unterscheidung geht unter anderem auf verschiedene Erfahrungen mit dem Kolonialismus und der damit verbundenen Ausbeutung des Südens durch den Norden zurück.

lembewusstsein erkennbar ist, überwiegt im Degrowth-Spektrum die deutliche Abgrenzung. Auf degrowth.info wird in vielen Beiträgen sehr klar die Unvereinbarkeit von Degrowth mit völkischen oder nationalistischen Positionen betont. Zudem bemühen sich Degrowth-Aktivist*innen auch immer wieder um eine praktische Solidarisierung mit von Rassismus Betroffenen.

Wie aber sieht eine „unvereinnahmbare“ Wachstumskritik aus? Positionen, die nur auf Öko-Gesichtspunkten und „Small is beautiful“-Idealen basieren, laufen allzu leicht Gefahr, in Menzels Falle zu tappen und sich den falschen „Verbündeten“ zuzuwenden. Eine Position, die Degrowth als *globale Gerechtigkeitsbewegung* versteht und die Aufhebung wirtschaftlicher Steigerungszwänge als Voraussetzung der ökologischen und sozialen Gleichheit aller Menschen begreift, widersteht diesem Irrtum. Nicht vereinnahmbar ist, wer die eigene Wachstumskritik auf globale Gleichheitsforderungen stützt und aus diesen ökologische Ansprüche ableitet (und nicht umgekehrt), wer sich positiv auf den emanzipatorischen Gehalt bezieht, den das universalistische Denken der Moderne immer *auch* gehabt hat, und wer das kapitalistische Wirtschaften, für seine Logik von Extraktion, Ausbeutung und Zerstörung kritisiert statt für Zins, Geld und Konsum.

Weiterlesen

Zur Vertiefung

Eversberg, Dennis (2018): Gefährliches Werben. Über Anschlussfähigkeiten der Postwachstumsdebatte gegenüber dem autoritären Nationalismus – und was sich dagegen tun lässt. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31/4, S. 52–61.

Zur Postwachstumsdebatte und ihren Strömungen

Schmelzer, Matthias (2015): Spielarten der Wachstumskritik. Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: *Le Monde Diplomatie und Kolleg Postwachstumsgesellschaften*



(Hrsg.): Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr. Der Postwachstumsatlas, Berlin: Le Monde Diplomatique, S. 116–121.

Zur AfD und ihrem Verhältnis zum Wachstum

Eversberg, Dennis (2017): Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise. Working Paper 7/2017, Jena: DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften (online abrufbar unter www.kolleg-postwachstum.de).

Zu Björn Höcke

Kemper, Andreas (2016): „... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“ – Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Jena: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen (online abrufbar unter https://www.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf).

Dr. Dennis Eversberg

Der Autor ist Soziologe und war bis 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungskolleg „Postwachstumsgesellschaften“ am Institut für Soziologie der Universität Jena und leitet dort seit 2019 die Nachwuchsgruppe „Mentalitäten im Fluss: Vorstellungswelten in modernen bio-kreislaufbasierten Gesellschaften“. Er forscht unter anderem zu Mentalitätswandel im Zuge postfossiler Transformationen, wachstumskritischen Bewegungen, subjektiven Grenzen kapitalistischer Wachstumsregimes und zur möglichen sozialen Basis von Widerständen gegen die imperiale Lebensweise.

Wie kann ein demokratischer Umwelt- und Naturschutz aussehen?

Einleitung

Der Zugang zu einer gesunden Umwelt und Natur ist nicht gerecht verteilt. Oft leiden arme Menschen besonders unter Umweltverschmutzung und haben weniger Möglichkeiten, Natur zu erleben. Das gilt für Menschen überall auf der Welt, aber auch in Deutschland. Zum Beispiel gibt es in armen Gegenden oft keine gute Müllabfuhr, deswegen liegt dort besonders viel Abfall herum. Auch wohnen arme Menschen häufiger in der Nähe von großen Straßen, haben weniger Parks oder Natur in ihrem Lebensumfeld und sind zudem besonders von den Folgen der Klimakrise und dem Artenverlust betroffen. Hierbei spricht man von Umweltungerechtigkeit.

Auf der anderen Seite haben wohlhabendere Menschen einen deutlich höheren ökologischen Fußabdruck. Dieser zählt alle Ressourcen, die für den Alltag benötigt werden, und zeigt auf, wie viel Fläche benötigt wird, um all die Energie und Rohstoffe zur Verfügung zu stellen. Anschließend wird dieser Flächenverbrauch auf alle Menschen hochgerechnet und mit den auf der Erde real verfügbaren Flächen verglichen. Der ökologische Fußabdruck in Deutschland liegt bei etwa 5 Hektar pro Kopf. Ein gerechter ökologischer Fußabdruck liegt jedoch bei 1,7 Hektar.

Ein Blick in die Geschichte: Wie ist es dazu gekommen und wer trägt die Verantwortung?

Viele Wissenschaftler*innen sprechen davon, dass wir mittlerweile im Anthropozän leben. So nennen sie das aktuelle Erdzeitalter, bei dem nicht mehr natürliche Abläufe die Prozesse der Erde bestimmen, sondern die Auswirkungen menschlichen Verhaltens. Veränderungen gab es auf unserem Planeten schon immer, mal war es wärmer auf der Erde, mal kälter. Mal war fast alles von Meeren bedeckt, mal lebten ganz andere Arten. Doch all das dauerte Millionen von Jahren.

Seit Beginn der Industriellen Revolution um 1900 und insbesondere seit den 1950er Jahren, also seit wir Erdöl, Kunst-

dünger und massenhaft Elektronik benutzen, passieren diese Veränderungen unglaublich viel schneller. Mit diesem Wissen ist es klar, dass es unbedingt mehr Nachhaltigkeit braucht, damit Planet, Natur und Mensch nicht weiter gefährdet werden. Dabei muss aber eine sehr wichtige Differenzierung gemacht werden, die leider oft wegfällt. Nicht *alle* Menschen haben zum Anthropozän beigetragen, sondern insbesondere die Menschen in den Industrieländern Europas und Nordamerikas und seit den letzten Jahrzehnten auch die Eliten des Globalen Südens (siehe den Infokasten auf Seite 19). Sie haben mit ihrer Lebens-, Produktions- und Wirtschaftsweise das Anthropozän hervorgerufen. Es gibt also unterschiedliche Verantwortung und unterschiedliche Rollen, die sehr wichtig sind, um Umweltschutz gerecht zu gestalten.

Was können wir anders machen?

Ein gutes Beispiel, um der Antwort auf diese Frage näher zu kommen, ist die Landwirtschaft. Umweltverbände fordern, dass die Landwirtschaft in Deutschland umweltfreundlicher werden muss. Wer ist aber verantwortlich für den fehlenden Umweltschutz in der Landwirtschaft? Die Bäuerinnen und Bauern? Die Konsument*innen? Die Politik? Ist es wichtiger, dass es viele Arten auf dem Land gibt oder dass Bäuerinnen und Bauern ihre Höfe erhalten können? Müssen wir nur alle mehr Bio kaufen? Aber kann sich das jede*r leisten?

Es ist gar nicht so einfach. Bewegungen wie die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ bemühen sich deswegen, möglichst viele unterschiedliche Meinungen zusammenzubringen. „Meine Landwirtschaft“ ist vor allem durch die Organisation der jährlichen „Wir haben es satt“-Demos bekannt geworden. Allen Beteiligten ist es wichtig, dass Landwirtschaft nachhaltig sein muss. Das heißt, dass keine Tiere gequält werden und nicht weiter zu Klimawandel und Artensterben beigetragen wird, aber sich gleichzeitig die Arbeit für Bäuerinnen und Bauern lohnen muss.



Deswegen engagieren sich bei „Meine Landwirtschaft“ Bäuerinnen und Bauern, konventionell und bio, von Tierhaltung bis Ackerbau, Lebensmittelhandwerker*innen (zum Beispiel Imker*innen), Natur-, Umwelt- und Tierschützer*innen, Aktive der Entwicklungszusammenarbeit, engagierte Jugendliche und kritische Bürger*innen. Sie alle kommen zusammen, weil sie eine bäuerliche, sozial gerechte, tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Deutschland und weltweit wollen. Das geht nur, wenn alle Stimmen sprechen dürfen.

Wer redet eigentlich für wen?

Bei „Meine Landwirtschaft“ ist es auch wichtig, dass Umweltpolitik in einem globalen Zusammenhang gesehen wird. Denn die Art, wie wir landwirtschaftliche Produkte in Deutschland konsumieren und produzieren, hat direkten Einfluss auf Men-

schen in der ganzen Welt. Fast 4,5 Millionen Tonnen Sojaschrot werden pro Jahr nach Deutschland importiert, vor allem für die Massentierhaltung. Dafür werden im Ausland, insbesondere im Globalen Süden, fast 3 Millionen Hektar Land verbraucht.

Umwelt- und Entwicklungsverbände versuchen oft, betroffene Menschen einzubinden. Das ist sehr gut, denn nicht selten sprechen wir im Globalen Norden *über* diese Menschen und nicht *mit* ihnen. Sie sollten aber die Gelegenheit haben, selber zu reden. Denn sie können ihre Lebensumstände viel besser beschreiben und uns auf Dinge hinweisen, die wir besser oder anders machen sollten.

Umweltverbände müssen viel diverser werden

Auch wenn wir oft von betroffenen Menschen hören, sind diese bisher kaum direkt in der Arbeit von Umweltverbänden

vertreten. Auch in Deutschland ist der Umweltschutz noch ein Bereich, in dem wir sehr wenig unterschiedliche Menschen sehen. Das gilt für die Führungspositionen und Mitarbeiter*innen, aber auch für die vielen Ehrenamtlichen. Die meisten Umweltverbände in Deutschland werden von einem Mann geleitet, die meisten hauptamtlich arbeitenden Menschen sind aus Akademiker*innenhaushalten und es gibt sehr wenige Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung.

Das liegt nicht daran, dass nur gebildete, wohlhabende Menschen in Deutschland Interesse am Umwelt- und Naturschutz haben. Sondern, wie in vielen anderen Bereichen unseres Lebens, gibt es strukturelle Benachteiligungen, die bestimmte Menschen davon abhalten, sich zu engagieren. Dazu gehört die Sprache, die benutzt wird, genauso wie die Auswahlkriterien neuer Mitarbeiter*innen, und die Art, wie Menschen von klein auf mit Umweltschutz in Kontakt kommen können. Hier müssen wir viel verbessern. Ein wirklich tolles Zeichen ist, dass die junge Klimaaktivist*innen-Szene sehr viel ausgeglichener alle Geschlechter einbindet und vor allem junge Frauen* eine große Rolle einnehmen.

Es zeigt sich immer wieder: Je diverser Menschen zusammenarbeiten, desto besser ist ihre Arbeit. Viele Perspektiven bringen unterschiedliche Ideen und Lösungsvorschläge. Und dadurch tun sich Möglichkeiten auf, die wir uns vorher gar nicht vorstellen konnten. Ein interessantes Beispiel zeigt sich bei den sogenannten Klimaskeptiker*innen. Es sind vor allem Männer mit einem konservativen Weltbild, die glauben, dass der Klimawandel gar nicht menschengemacht, sondern ein natürlicher Vorgang sei. Diese Gruppe ist mit Argumenten und wissenschaftlichen Fakten kaum vom Gegenteil zu überzeugen. Eine Studie der North Carolina State University zeigt nun: Wenn es jemanden gibt, der diese Männer aufklären kann, dann sind es ihre Töchter. Denn Schüler*innen, die über den Klimawandel in der Schule lernen, sprechen darüber mit ihren Eltern. Und

insbesondere Töchter können ihre Väter überzeugen. Interessant, oder?

Rechter Ideologie kann man nur mit Vielfalt widerstandsfähig begegnen

Wenn Rechte und Rechtsradikale Umwelt- und Naturschutzverbände unterwandern und dieses Thema nutzen, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten, ist das ein ernstzunehmendes Problem, dem wir als gesamte Gesellschaft begegnen müssen. Dies zu erkennen und uns dem widerstandsfähig und stark entgegenzusetzen, verlangt eine Sensibilität für rechte, armutsfeindliche, sexistische und rassistische Positionen. Diese können wir als Umweltschützer*innen besonders gut erlangen, wenn wir ein Umfeld schaffen, in dem wir möglichst unterschiedliche Menschen zusammenbringen. Dazu gehört auch, dass wir die unterschiedliche Verantwortung, verschiedene Zugänge, Hintergründe und Perspektiven thematisieren sowie notwendige Verbesserungen bei uns selber und in unseren Verbänden anstoßen. Nur dann ist Umweltschutz inklusiv, demokratisch und für alle Menschen da.

Weiterlesen

Erfahre mehr über Meine Landwirtschaft:

www.meine-landwirtschaft.de

Miss deinen eigenen ökologischen Fußabdruck:

www.fussabdruck.de

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für Nachhaltige Entwicklung des Forums Umwelt und Entwicklung und Mitglied des Fachbeirats der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

Einheit in Vielfalt – gelebter „system change“ im Ökodorf Sieben Linden

Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind seit den Protesten am Hambacher Wald und durch die „Fridays for Future“-Streiks endlich wieder in aller Munde. Wer den Kopf einschaltet und ein wenig Verantwortungsgefühl besitzt, muss zu der Erkenntnis kommen: So wie bisher kann es wirklich nicht weitergehen! Was aber nun genau tun? Was bedeutet der Slogan „System change, not climate change“ in der gelebten Praxis, im Alltag?

Wie aus dem Nichts flatterte mir kurz vor dem Ende meines Studiums eine E-Mail ins Postfach, in der die Herausgeber*innen des Buches „eurotopia“ nach helfenden Händen und Köpfen für die neue Ausgabe suchten. „eurotopia“ ist das größte Verzeichnis für Ökodörfer und Gemeinschaften in Europa, dessen letzte Ausgaben mir in den vergangenen Jahren immer besonders dann geholfen haben, wenn bei mir mal wieder ein ausgeprägter Stadt-Koller aufzog oder ich fluchend und angekratzt von Demos gegen Kohle/Nazis/TTIP/etc. nach Hause kam: Ich fand es irgendwie beruhigend zu sehen, dass es Orte gibt, an denen es scheinbar auch etwas anders geht. Die E-Mail enthielt ein tolles Angebot: Ein bis zwei Wochen am neuen Buch mitarbeiten, als Gegenleistung Kost und Logis und die Möglichkeit, das Leben im Ökodorf Sieben Linden in Sachsen-Anhalt kennenlernen, in dem der Verlag des Buches angesiedelt ist. Das klang doch sehr gut! Long story short: Aus ein paar Wochen wurden Monate, Freundschaften entstanden, ich wuchs langsam in die Dorfgemeinschaft hinein. Nun habe ich einen festen Job im Dorf und befinde mich im Probejahr zur Aufnahme in die sozial-ökologische Genossenschaft Ökodorf e. V.

Sieben Linden soll hier als Beispiel für viele Projekte dienen, in denen Menschen alternative Lebenskonzepte, solidarische Gemeinschaften und vor allem ein deutlich ökologischeres Leben ausprobieren und immer auch versuchen, ihre Erkenntnisse in die Welt zu tragen und zu zeigen: Es geht tatsächlich anders! Sieben Linden ist mit 145 Bewohner*innen und über 170 Hektar Land eines der größten Projekte in Deutschland und kann

auf 22 Jahre Ökodorf-Geschichte und Gemeinschaftsbildung zurückschauen. Tatsächlich aber gibt es hunderte, eher sogar tausende Gemeinschaftsprojekte weltweit, je nachdem wie man die Kriterien anlegt.

Ökologie, Ökonomie und Gemeinschaft

Das Leben im Ökodorf Sieben Linden fußt auf drei Säulen, die in enger Verbindung miteinander stehen: Es geht zum einen um die drastische Verkleinerung des persönlichen und gemeinsamen Fußabdrucks (Ökologie), sowie zweitens um ein lokales und nachhaltiges Wirtschaften (solidarische Ökonomie). Und drittens geht es hier tagtäglich darum einen gemeinsamen Weg, eine Gemeinschaft zu entwickeln, in der man nahe, zugewandte Verbindungen ausbildet, in Nachbarschaft und **Genossenschaft** lebt und große Teile des Lebens teilt, aber gleichzeitig immer auch die Individualität und das persönliche Wohlbefinden an erster Stelle stehen.

Es ist eine vibrierende Form der Lebendigkeit, zusammen mit anderen in einem „common sense“ zu leben, in dem keine verbindlichen Weltanschauungen oder gar Personenkulte das gemeinsame Leben vorgeben und man es trotzdem schafft, sich gemeinsam auf Werte zu einigen („Einheit in der Vielfalt“).



Genossenschaft: Eine Genossenschaft ist ein Zusammenschluss von Menschen mit dem Ziel, durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb die wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern. Es gibt zum Beispiel Wohnungsbau-genossenschaften mit dem Ziel, die Mitglieder mit günstigem Wohnraum zu versorgen, oder Energiegenossenschaften, die möglichst umweltfreundlich gewonnene Energie bereitstellen.

Das sollte man sich nicht allzu romantisch vorstellen: Solche Werte müssen immer wieder aufs Neue aus sich selbst und der aktuellen Bewohner*innenschaft heraus weiterentwickelt werden. Dafür braucht es Raum, Willen, Kommunikation und viel, viel Energie! Und wichtig: Das gemeinsame Wirtschaften und Leben ist dabei Teil eines explizit offenen, transparenten Modellprojektes, das sich nicht als „Parallelwelt“ abkapselt, sondern vielmehr der Gesamtgesellschaft Alternativen aufzeigen möchte und dafür auch viel in Bildung und Öffentlichkeitsarbeit investiert.

Ökologie wird in Sieben Linden also großgeschrieben. Damit eng verbunden ist die Ökonomie, also die Art des Wirtschaftens vor Ort. Das Ziel ist es, in allen Lebensbereichen möglichst solidarisch einen äußerst sparsamen Energie- und Ressourcenverbrauch zu erreichen. Durch im Grunde einfach gehaltene geschlossene Kreisläufe kann viel eingespart werden: So werden beispielsweise Urin und Abwässer in der lokalen Pflanzenkläranlage aufbereitet und auf dem Gelände verrieselt. Die Abfälle aus den Kompost-Toiletten werden in einer großen Anlage anderthalb Jahre lang kompostiert und als hochwertiger Dünger für die Wiederaufforstung und Strauch-Pflanzungen in unserer von Monokulturen gebeutelten Region genutzt.

Alle Häuser werden vorrangig aus Naturmaterialien (Holz, Stroh, Lehm) gebaut, liegen nach Süden ausgerichtet, werden sehr gut gedämmt und arbeiten mit Wärmetauschpumpen. So konnte der Energiebedarf der Gebäude für Wärme um 50 Prozent gegenüber dem Bundesdurchschnitt gesenkt werden. Dazu sind natürlich alle Gebäude mit Solaranlagen bestückt und werden ausschließlich mit Holz aus den eigenen Wäldern beheizt, in denen das Wald-Team stets mindestens so viel aufforstet wie Bäume gefällt werden. Der große eigene Garten ermöglicht es, alle Sieben Lindener*innen und die zahlreichen Seminargäste mit über 70 Prozent eigenem lokalen Bio-Gemüse und -Obst zu ernähren, was wiederum Ressourcen schont,



Transportwege vermeidet, Arbeitsplätze bietet und natürlich ein ganz anderes Verhältnis zur Ernährung mit sich bringt.

Mehr als die Hälfte der Bewohner*innen üben ihre Werk Tätigkeiten direkt im Dorf aus, im Seminar- und Gästebetrieb, in der Hausmeisterei, im Wald-Team, im Garten, als Selbstständige, im Waldkindergarten oder in der Küche, was wiederum alles sehr kurze Wege bedeutet. Insgesamt beträgt die Kilometeranzahl pro Kopf und Jahr aber doch 75 Prozent des Bundesdurchschnitts, vor allem da das Dorf in einer der unbesiedeltesten und abgelegensten Regionen Deutschlands liegt. Es gibt zwar weniger Fahrten, doch diese sind sehr lang. Aber: Trotz der schwachen regionalen Infrastruktur fahren die Dorfbewohner*innen drei Mal so viele Kilometer mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie durchschnittliche Bundesbürger*innen. Viele kleine weitere

Einsparmöglichkeiten vor Ort (zum Beispiel keine Laternen, Recycling, Verschenke-Ecke, Zukäufe nur in großen Gebinden, vegane/vegetarische Ernährung) führten schlussendlich dazu, dass eine Studie 2014 zu dem Ergebnis kam, dass der durchschnittliche persönliche ökologische Fußabdruck hier nur 27 Prozent des Bundesdurchschnitts beträgt. Das ist natürlich eine unfassbar gute Zahl, die entgegen der weit verbreiteten Annahme nicht zu weniger Lebensqualität führt, sondern zu deutlich mehr. Ehrlicherweise ist diese Zahl angesichts dessen, was den durchschnittlichen Erdenbürger*innen eigentlich zusteht („global footprint“), tatsächlich noch immer zu hoch.

Gemeinschaft bedeutet auch Verpflichtung

Das formale Gemeinschaftsleben in Sieben Linden ist genossenschaftlich und basisdemokratisch organisiert. Jede*r hat also die gleichen Rechte (und Pflichten!), sich einzubringen. Große Entscheidungen werden gemeinschaftlich im Konsens-Prinzip entschieden, kleinere an Räte delegiert, die das Vertrauen aller Genoss*innen genießen. Das eigentliche, alltägliche Leben dreht sich darum, sich gemeinsam auf einen ökologischen und lebensbejahenden Weg zu machen und doch darauf zu achten, den verschiedenen Persönlichkeiten und Kompetenzen genug Raum zu bieten und dabei auch mal Spannungen, Misstöne und Krisen auszuhalten. 2008 wurden gemeinsame Commitments erarbeitet, die auch auf einem großen Schild am Haupthaus angebracht sind und das breite Spektrum von „Einheit in der Vielfalt“ darstellen. Am wichtigsten ist mir persönlich das erste Commitment: „Ich diene dem Leben“. Das bedeutet vor allem: Ich diene ALLEM Leben – werte dabei nicht und schließe erst recht keines aus.

So fand im Sommer 2019 beispielsweise ein Seminar mit dem Titel „Mit queerem Tango das Ökodorf ertanzen“ statt, für 2020 ist eine Fortbildung „Grüne Braune: Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden“ in Kooperation mit FARN geplant. Einige Menschen sind in der Antirassismus-Arbeit, in politischen

Netzwerken, in der Geflüchteten-Hilfe oder im Gemeinderat aktiv. Derzeit arbeitet das Netzwerk der Ökodörfer in Deutschland (GEN Deutschland) angesichts des Rechtsrucks an einer klaren Stellungnahme und einer Überarbeitung seiner Statuten, in denen sich klar und deutlich von rechtem Gedankengut, Rassismus und Homophobie abgegrenzt werden soll. Trotzdem, so kritisch muss man an dieser Stelle sein, ist das Bekenntnis zum Leben und zur Vielfalt in den meisten Ökodörfern zwar stets wichtig, das bedeutet aber nicht, dass sich dieses auch schon in der Mitgliederzusammensetzung widerspiegeln würde.

Das durchschnittliche Ökodorf in Deutschland wurde häufig von Menschen gegründet, die einen akademischen Hintergrund haben und dazu einen deutschen Pass besitzen, dasselbe gilt für einen großen Teil der zuzugsinteressierten Menschen. So sind oftmals nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund anzutreffen, auch wenn sich dies, so scheint mir, langsam ändert. Ein weiteres grundsätzliches Problem ist der Handwerker*innenmangel, obwohl diese so dringend gebraucht werden. Beide Themen werden in vielen Dörfern und im Ökodorf-Netzwerk thematisiert und es wird nach Wegen und Kommunikationsweisen gesucht, dies zu ändern.

Es sind vor allem die zwischenmenschlichen Verbindungen, dieser große Respekt vor dem Leben und die viele Energie, die stetig in den Gemeinschaftsprozess investiert wird, die mich dazu bewogen haben, in Sieben Linden zu bleiben. Das lokale Wirtschaften, das ökologische Leben, die kleinen Kreisläufe, das sind Punkte, von denen ich denke: In einer nahen, besseren Zukunft müssten diese Dinge ganz selbstverständlich überall so laufen, um dem Klimawandel zu begegnen. Doch ein Zusammendenken von ökologischen und humanistischen Aspekten fordert darüber hinaus einen lebensbejahenden, respektvollen Umgang miteinander, wie er hier in Sieben Linden bereits erprobt und gelebt wird. Und auch hier ist, wie erwähnt, bei weitem nicht alles perfekt: Oft läuft die Realität den sich selbst

gesetzten Ansprüchen hinterher. Aber es scheint mir schon mal ein ganz guter Anfang zu sein.

Weiterlesen

Kunze, Iris: Entwicklung der Klimaschutzinitiativen: Ökodorf Sieben Linden. Fallstudienprojekt Projekt COSIMA. Wien, 2016. (online abrufbar unter www.lehmhausen.de/wp-content/uploads/2017/02/Fallstudienbericht_7Linden-TU-Wien.pdf)

Stanellé, Chironya; Kunze, Iris (Hrsg.): 20 Jahre Ökodorf Sieben Linden. Erfahrung, Reflexion und Resümee. Beetendorf, 2017.

Würfel, Michael (Hrsg.): eurotopia. Verzeichnis von Ökodörfern und Gemeinschaften in Europa. Beetendorf, 2019.

Jonas Duhme

Der Autor hat in Bielefeld Erziehungswissenschaften und Geschichte studiert. Er ist Mitglied des Fachbeirats der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).



Love Nature.
Not Fascism.

#Klimagerechtigkeit – Es bleibt dabei: System Change not Climate Change

Die Klimakrise ist ungerecht. Bevor wir einen genaueren Blick auf das Thema Klimagerechtigkeit werfen, macht es Sinn, sich noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, warum das so ist. Inzwischen ist klar: Beim Klimawandel geht es um viel mehr, als um schmelzende Polarkappen und Eisbären. Der Klimawandel ist keine reine Umweltkrise, vielmehr ist er wesentlicher Bestandteil der globalen Gerechtigkeitskrise. Der Klimawandel ist Ursache für soziale Ungerechtigkeit, er verschärft bestehende Ungleichheiten und es leiden am meisten diejenigen unter seinen Folgen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Dies sind vor allem Menschen im globalen Süden (siehe den Infokasten auf Seite 19), arme oder auch anderweitig benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Der materielle Wohlstand der Gesellschaften in den reichen Industrienationen wie in den USA oder auch Deutschland

basiert in erster Linie auf dem Verbrennen fossiler Energien. Die Geschichte der Industrialisierung ist eng verwoben mit den technologischen Errungenschaften, die allesamt durch das Verbrennen fossiler Energieträger wie Kohle, später auch Öl und Gas, betrieben wurden. Die mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrieländer einhergehenden ansteigenden Treibhausgasemissionen sind nachweislich Antreiber des Klimawandels. Der Weltklimarat, ein unabhängiger zwischenstaatlicher Ausschuss, der wissenschaftliche Erkenntnisse über die Klimaveränderungen zusammenträgt, beschreibt in seinem vierten Sachstandsbericht von 2007 eindrücklich den Zusammenhang zwischen menschlichem Handeln und der globalen Klimaerwärmung seit 1750.

Diese Verschränkung der Emission von Treibhausgasen mit dem ungebrochenen Glauben an ein permanentes Wirtschaftswachstum ist also die Hauptursache für die heutige Klimakrise. Während Länder im globalen Norden durch die Industrialisierung vor allem und bis heute profitieren, sind es vor allem Länder im globalen Süden wie Bangladesch, die Philippinen, Senegal, Mosambik, die die Folgen der Klimakrise zu spüren bekommen. Die Industrienationen tragen folglich eine historisch begründete ökologische Schuld. Deren wie auch immer geartete Begleichung ist – neben vielen anderen – eine der zentralen Forderungen nach globaler Klimagerechtigkeit.

Klimakrise und Unterdrückung

Während es den Regierungen der reichen Länder aufgrund ihrer ökonomischen Ressourcen und der ihnen zur Verfügung stehenden technologischen Kenntnisse und Möglichkeiten jetzt und auch in Zukunft eher möglich ist, sich an die Klimakrise anzupassen und die eigene Bevölkerung vor den katastrophalen Auswirkungen zu schützen, können ähnliche klimatische Veränderungen für ärmere Staaten viel größere Herausforderungen bedeuten. Dazu zählen nicht nur fehlende finanzielle Voraussetzungen, sondern auch ungerechte Zugangsmöglichkeiten zu

Love Nature. **Not Fascism.**

notwendiger Technologie, fehlende Sicherungssysteme und ein Mangel an administrativen Voraussetzungen. Die Verschärfung der sozialen Ungerechtigkeiten durch den Klimawandel findet folglich ihren Widerhall im globalen Machtgefüge (globaler Norden vs. globaler Süden), in der Fortschreibung kolonialer, rassistischer Unterwerfungslogiken gepaart mit neoliberalen Wirtschaftsmodellen.

Aber auch im globalen Norden sind es meist ärmere, unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen lebende Menschen, die besonders hart von den Auswirkungen getroffen werden. Beispielhaft hierfür ist der Hurrikan Katrina in New Orleans. Die vorwiegend schwarze Bevölkerung der Stadt wurde durch die US-amerikanischen Behörden im Stich gelassen und mehr oder weniger schutzlos dem Wüten des Unwetters überlassen. Studien aus den USA zeigen, dass es vor allem schwarze und **LatinX**-Communities sind, die es nach Naturkatastrophen am schwersten haben, wieder finanziell und sozial auf die Beine zu kommen (www.greenamerica.org/climate-justice-all/people-color-are-front-lines-climate-crisis). Als besonders absurd, aber leider aus einer rein profitbestimmten Betrachtung heraus logisch, erscheint die Tatsache, dass in New Orleans nach Hurrikan Katrina die Immobilienpreise in die Höhe schnellten, weil mit den in Folge der Zerstörungen leerstehenden Immobilien und Grundstücken spekuliert wurde, während ehemalige Bewohner*innen nicht zurückkehren durften.

i Die Bezeichnung LatinX ist eine gender-neutrale Alternative zu Latino und Latina*.

Die Klimakrise kommt selten allein

Die Auswirkungen der Klimakrise sind oft gepaart mit anderen Umweltzerstörungen und sozialen oder politischen Ungerechtigkeiten. Ein Beispiel dafür ist der Taifun Mangkut, der im Jahr 2018 über die Philippinen fegte. Zunächst bestand für einen Tag die Hoffnung, dass diesmal nicht allzu viele Menschen umgekommen seien. Kurz darauf musste die Todeszahl auf den Philippinen nach oben korrigiert werden. Denn viele Menschen starben durch einen von dem Taifun ausgelösten Erdbeben. Der Erdbeben wiederum ereignete sich im direkten Umfeld einer Mine, die eigentlich bereits geschlossen werden sollte. Die Profitinteressen des Minenbetreibers und seiner politischen Schützer setzten sich aber durch, sodass die Mine weiterbetrieben wurde und die Arbeiter*innen gezwungen waren, unter schlechten Bedingungen weiterzuarbeiten – was viele dann das Leben kostete.

Auch bei der Erreichung von Gleichberechtigung stellt der Klimawandel eine weitere Hürde dar – sprich die Klimakrise ist nicht gender-neutral. Zum einen ist der ökologische Fußabdruck von Männern größer als der von Frauen, darüber hinaus sind Frauen* auch noch stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen. Die Gründe sind vielfältig. Wichtig anzumerken ist, dass dahinter die patriarchale Struktur von Gesellschaften steht. Beispielsweise liegen Pflege und Sorgearbeit in der Mehrzahl in den Händen von Frauen. Dadurch sind sie oftmals von Informationskanälen abgeschnitten, was zum Beispiel dazu führen kann, dass Katastrophenwarnungen bei ihnen viel später ankommen. Ein Beispiel dafür ist der Zyklon Sidre in Bangladesch im Jahr 2007. 80 Prozent der Opfer waren Frauen und Mädchen. Katastrophenschutzmaßnahmen werden oftmals an den besonderen Bedürfnissen von Frauen, LGBTIQ*, Kindern oder Menschen mit Behinderung vorbeigeplant, so dass diese potentiell am stärksten gefährdet sind, beziehungsweise

Klimaschutzmaßnahmen zur Durchsetzung repressiver Praxen führen. So wurde in Folge des Taifuns Hayan auf den Philippinen eine Transperson gezwungen, ihre inzwischen abgelegte Identität wieder anzunehmen, um Hilfeleistungen in Anspruch nehmen zu können.

Regierungen und internationale Verhandlungen versagen

Beobachtet man die internationalen Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen, so entsteht leider der Eindruck, das Hauptanliegen der Vertreter*innen der Industrieländer sei, möglichst alles dafür zu tun, dass sie wenig finanzielle Leistungen für das Klima auf den Tisch packen müssen. Eigene Klimaschutzziele werden ohne mit der Wimper zu zucken verfehlt. So verkündete beispielsweise die Bundesregierung Anfang 2019, dass man es nicht schaffen werde, die Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu reduzieren. Aus der Perspektive der Länder, deren Küsten vom permanent steigenden Meeresspiegel bedroht sind, kann so eine verfehlt Klimapolitik eigentlich nur als gewollte Ignoranz oder Zynismus gedeutet werden.

Was wir hier sehen sind Konflikte, die auf den Fehler im System hindeuten: Nämlich dass die Regierungen von Industrieländern mit einflussreichen Konzernen entscheiden, wessen Interessen in der Klimakrise geschützt werden. Die von ihnen in mehr als 25 Jahren internationaler Klimaverhandlungen präsentierten Lösungen haben bisher leider nur zu kosmetischen Korrekturen geführt. Die Umsetzung der notwendigen sozial-ökologischen Transformation ist nicht erkennbar. Genau an dieser Stelle setzt die Forderung nach Klimagerechtigkeit an: System Change not Climate Change!

Umwelt- und Klimagerechtigkeit

Die Forderung nach Klimagerechtigkeit wird in der Tradition der aus den USA stammenden Umweltgerechtigkeitsbewegung gesehen und tauchte ca. Ende der 90er Jahre das erste

Mal auf. Schon die Umweltgerechtigkeitsbewegung forderte, dass Umweltschutz auch als Frage von sozialer Gerechtigkeit begriffen wird. Als dreckige Industrien aus den Städten weichen mussten, da die umwelt- und gesundheitsbewussten Durchschnittsverdiener*innen politischen Druck machten, wanderten diese Industrien oftmals in Gebiete mit Geringverdienenden und migrantischen oder schwarzen Communities ab, die dann aufgrund ihres zumeist geringen politischen Einflusses die Verschmutzung ertragen mussten. Gleichzeitig waren es oftmals genau diese Menschen, die ihre Jobs aufgrund von technologischen Fortschritten in der Industrie verloren, ohne alternative Angebote zu bekommen.

Politisierung des Klimawandels

Die Notwendigkeit der Politisierung des Klimawandels bekam ein internationales Gesicht, als im Vorfeld des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung 2002 von progressiven Organisationen die „Bali Principles of Climate Justice“ verabschiedet wurden. Das zentrale Moment dieses Klimagerechtigkeitsmanifestes ist die Verknüpfung des Klimawandels mit Fragen von Menschenrechten und Umweltgerechtigkeit.

Seither ist die Forderung nach Klimagerechtigkeit für viele soziale Bewegungen ins Zentrum gerückt. Der globale Charakter der Klimakrise verlangt lokale und globale Reaktionen, Widerstände und Aktivitäten. Er verlangt eine grundlegende Kritik am kapitalistischen Wirtschaftsmodell, das mit seinem Wachstumsmantra als Hauptursache der Klimakrise betrachtet werden muss. Um eine globale Artikulationsplattform zu haben, gründete sich im Jahr 2007 in Bali das internationale Netzwerk „Climate Justice Now!“ während der 14. Runde der Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen, um den Forderungen nach Klimagerechtigkeit innerhalb der Verhandlungen mehr Gehör zu verschaffen. Für die Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Jahr 2009 wurde die Forderung nach Klimagerechtigkeit zur zentralen Mobilisierungsforderung der Bewegungen, die den

Regierungen deren verfehlte Klimapolitik in Anbetracht der Klimakrise vorwarfen und deren Verhandlungen in erster Linie als den Interessen der reichen Industrieländer und kapitalistischen Wirtschaftsinteressen dienend verurteilten. Lokale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse in vielen Ländern berufen sich inzwischen auf die Forderung nach Klimagerechtigkeit, so zum Beispiel auch Ende Gelände, wenn Kohlebagger besetzt werden.

Klimagerechtigkeit als globale Erzählung

Der Kampf um Klimagerechtigkeit schafft es, für viele lokale und regionale Kämpfe eine gemeinsame Erzählung auf globaler Ebene herzustellen. Lokale Ungerechtigkeiten können in globale Zusammenhänge übersetzt werden. Die Forderung nach Klimagerechtigkeit bringt verschiedenste Forderungen zusammen, die es schaffen, eine Alternative zum Kapitalismus zu bauen.

Weiterlesen

International Climate Justice Network (2002): Bali Principles of Climate Justice (online abrufbar unter <https://corpwatch.org/article/bali-principles-climate-justice>).

Richards, Julie-Anne (2018): Climate and Gender Justice. What's needed to finance loss and damage? Rosa Luxemburg Stiftung (online abrufbar unter <http://www.rosalux.de/en/publication/id/39802/climate-andgender-Justice>).

Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.): Dossier Klimagerechtigkeit (online abrufbar unter <https://www.rosalux.de/dossiers/klimagerechtigkeit>).

Schumacher, Juliane (2016): Klimaschäden. Die Welt geht unter und niemand will bezahlen. Zweite, überarb. Aufl. der Analyse Nr. 29 „Loss and Damage!“. Rosa Luxemburg Stiftung (online abrufbar unter <https://www.rosalux.de/publikation/id/9184/klimaschaeden>).

Schumacher, Juliane (2018): Ungerechtigkeit im Treibhaus. Klimawandel von links erklärt. Rosa Luxemburg Stiftung (online abrufbar unter <http://www.rosalux.de/publikation/id/39393/ungerechtigkeit-imtreibhaus-1>).

Nadja Charaby

*Die Autorin ist Referentin für internationale Klimapolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie nimmt seit mehreren Jahren an den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen teil und beteiligt sich zusammen mit anderen Organisationen an deren kritischer Beobachtung und Analyse. Nadja arbeitet seit mehr als zehn Jahren mit vielen Akteur*innen aus dem globalen Süden zusammen und engagiert sich für internationale Solidarität.*

Ums Ganze anders – Commons und Ökologie

Greta Thunberg ruft uns dazu auf, „in Panik zu geraten“. Es gibt genug Grund zur Panik und dank der globalen „Fridays for Future“-Bewegung und der damit verbundenen medialen Aufmerksamkeit können die seit langem drohenden Gefahren durch den Klimawandel nicht mehr verleugnet werden. Aber was nun? Sommerhitze, Unwetter, Dürre sind die ersten Anzeichen für stürmische Zeiten, ja, sogar für einen echten „Klima-Umbruch“. Es geht um planetare Veränderungen, es geht ums Ganze: Wie können wir uns retten?



Klima-Umbruch: Das Klima wird sich nicht nur leicht „wandeln“. Die „Globale Erwärmung“ wird nicht nur ein wenig wärmere Umgebungsluft mit sich bringen. Wie wir jetzt schon erleben, erhöht sich dadurch auch die Wahrscheinlichkeit von Unwettern wie Hitzewellen und räumlich begrenzten und langandauernden Starkregen, die zu großen Überschwemmungen führen. Auch großräumige Wetterlagen verändern sich: Große Landstriche leiden für längere Zeit unter Hitze, Dürre oder unwetterartigen Stürmen und Hurrikans. Die „normalen“ Jahreszeiten werden in ihrem Ablauf gestört, die „Störungen“ nehmen immer mehr den Charakter von sprunghaften Wechseln an, an die sich landwirtschaftliche und ökologische Systeme immer weniger anpassen können, weil die Zeit fehlt. Deshalb ist es besser, vom „Klima-Umbruch“ zu sprechen, als nur von einem „Klimawandel“.

Neoliberale und konservative Kräfte vertrauen auf technische Innovationen, nachhaltiges Wirtschaftswachstum oder machen einfach weiter wie bisher. Rechtspopulist*innen leugnen zu meist den „Klima-Umbruch“ und versuchen, diejenigen auf- und einzufangen, die sich vor Veränderungen fürchten und Angst

vor Verlusten haben. Gegen die Krise helfen weder Verdrängung noch Verleugnung der Gefahren, sondern nur Ideen, die Wege komplett neu denken. Es gibt schon viele Ansätze, durch emanzipative Versuche ein „nachhaltiges“ Leben und Wirtschaften zu erreichen. Damit ist gemeint, dass wir unsere Bedürfnisse so befriedigen, dass die natürliche Regenerationsfähigkeit der beteiligten Ökosysteme nicht überlastet wird, und dies – was im Begriff der „Nachhaltigkeit“ noch nicht automatisch enthalten ist – auf eine Weise, in der wir Menschen so kooperieren, dass wir gerade aus unserer Vielfalt und Kreativität Kraft schöpfen, den Gefahren zu begegnen. Jedoch: Wenn wir aus dieser Wirtschaft aussteigen, woher bekommen wir dann das Nötigste zum Leben?

Emanzipation statt Autoritarismus

Eine Antwort darauf geben Menschen, die sich selbst um ihre Angelegenheiten kümmern, indem sie sich zusammentun und gemeinsam Kooperationsbeziehungen entwickeln, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Wie das geht, zeigen uns zum Beispiel viele sich selbst organisierende Gemeinschaften in Griechenland. Es gibt inzwischen zahlreiche Möglichkeiten, immer mehr Bedürfnisse auf andere Weise als den Umweg über die zerstörerische kapitalistische Wirtschaft zu befriedigen. So kann ich mich an einer „Solidarischen Landwirtschaft“ beteiligen oder ich kann in einem Wohnprojekt des „Mietshäuser Syndikats“ wohnen. Für andere Bedürfnisfelder müssen andere Lösungen gefunden werden. Die Ideen und Projekte sprießen seit längerem, auch unter der Bezeichnung „Alternative Ökonomie“. Wir müssen schauen, dass wir für immer mehr Lebensbereiche echte Alternativen zum zerstörerischen System entwickeln, die sich gegen die herrschende Wirtschaftslogik von Ausbeutung, Konkurrenz und Profitmacherei stellen.

Eine Bezeichnung für solche menschlichen Kooperationsbeziehungen ist das „Commoning“. Das englische Wort „Commons“ wird im Deutschen mit dem Wort „Allmende“ übersetzt. Es



Solidarische Landwirtschaft: Menschen mit Bedürfnissen nach landwirtschaftlichen Produkten bringen in gemeinschaftlicher Abstimmung so viel Geld und auch teilweise eigene Arbeitsleistung in einen landwirtschaftlichen Betrieb ein, dass dieser für eine gewisse Zeit seine Kosten und Aufwendungen absichern kann. Die so produzierten Lebensmittel werden an die unterstützende Gruppe abgegeben. Dabei gibt es keine festgelegten „Preise“ für die Güter: Alle geben und nehmen, aber das Geben und Nehmen ist nicht mehr genau „verrechnet“.



Mietshäuser-Syndikat: Fast 150 Hausprojekte sind bereits dem Immobilienmarkt (und damit der Mietpreistreiberei) entzogen, indem sie von sich selbst organisierenden Menschen verwaltet werden. Die Projekte unterstützen sich gegenseitig und arbeiten daran, immer mehr Projekte zu ermöglichen.

verweist auf „Gemeinsames“ – wie zum Beispiel gemeinsam benötigte Ressourcen. Solche Ressourcen waren traditionell in aller Welt üblicherweise Land, Saatgut, Wasser, aber auch Wissen und Kunst. Durch die neuen Technologien können nun beispielsweise ebenfalls Computerdaten und Software zu Commons werden. Ob sie es werden, hängt weniger von ihrer Beschaffenheit ab (ob sie stofflich oder informationell sind), sondern vielmehr von politischen Prozessen, rechtlichen Regelungen und letztlich von den sozialen Prozessen der damit umgehenden Menschen. Commoning bezeichnet den Prozess, in dem Menschen im Rahmen selbstgewählter Regelungen gemeinsam benötigte Ressourcen nutzen und pflegen – und zwar unabhängig von Eigentumsverhältnissen, Märkten und zentralen Planungen.

Wirtschaft dient dann nicht mehr der Mehr-Geld-Erwirtschaftung, sondern wirklich der Befriedigung von Bedürfnissen. Da das Bedürfnis nach einer tragfähigen und lebenswerten Mit-Welt ein wichtiges menschliches Grundbedürfnis ist, würde dies nicht mehr verleugnet und verletzt, sondern könnte endlich befriedigt werden. Vieles, was wir jetzt zu benötigen meinen, wird dann unwichtig. Haltbare, reparaturfähige, schöne Dinge würden uns umgeben, kein Wegwerf-Ausschuss. Wir würden auf den Zwang verzichten, immer mehr haben, immer schneller und immer hektischer sein zu müssen. Stattdessen könnten wir herausfinden, wie wir echte Anerkennung, Kreativität und Mitmenschlichkeit gewinnen und genießen können. Statt autoritärer Lösungen werden beim „Commoning“ selbstorganisierende, kooperierende und emanzipative Formen der Lösung von Problemen gefunden. Es gibt dabei Problemlösungsmuster wie „Gemeinsam erzeugen & nutzen“, „Das Produktionsrisiko gemeinsam tragen“ oder „Poolen, Deckeln & Aufteilen“ (Helfrich, Bollier 2019).

Beim „Poolen“ tragen zum Beispiel viele zu einem gemeinsamen Fonds bei, der dann für einen vereinbarten bestimmten Zweck verfügbar wird, beim „Deckeln“ einigen sich die Beteiligten auf ein absolutes Limit der Entnahme von Ressourcen in einem bestimmten Zeitraum und „aufgeteilt“ werden Dinge, die sich abnutzen oder weniger werden, wenn wir sie teilen, wie Lebensmittel, Werkzeuge und ähnliches.

Lokal angepasstes, durch die Menschen selbst erzeugtes und gepflegtes Saatgut bringt zum Beispiel mehr Ernährungssicherheit als die Patentierung durch Konzerne. Es geht darum, dass wir uns selbst organisieren und unsere Beziehungen und Verhältnisse verändern. Das ist etwas, was „ums Ganze“ anders ist als das, was rechte Ökologie anstrebt. Unsere Zukunft sichern können wir nur durch mehr Gemeinsamkeit, mehr Vertrauen, mehr Vielfalt, das Aufbauen von solidarischen Netzwerken – auf ökologischer wie auf menschlicher Ebene.



Wir haben nicht nur das Klima zu retten, sondern vielleicht wird dies nur der Anlass, dass wir uns als Menschen neu erfinden, neue Beziehungen aufbauen, neue Lebensformen entwickeln und anders wirtschaften lernen.

Weiterlesen

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen: Was verbirgt sich hinter den Begriffen Commons und Commoning? (online abrufbar unter <http://www.boell-thueringen.de/de/2014/03/17/was-verbirgt-sich-hinter-den-begriffen-commons-und-commoning-0>).

Helfrich, Silke; Bollier, David (2019): Frei, Fair und lebendig. Die Macht der Commons. Bielefeld: transcript.

Annette Schlemm

Die Autorin ist Physikerin und Philosophin, bloggt auf philosophenstuebchen.wordpress.com

Wie kann ich aktiv werden?

Toolbox

Wenn du bis hierhin gelesen hast, fragst du dich jetzt vielleicht, wie du selbst aktiv werden kannst. Deshalb findest du in diesem Abschnitt einige Hilfestellungen für dein Engagement gegen Rechtsextremismus und für einen solidarischen, demokratischen Natur- und Umweltschutz.

Argumentieren gegen Rechts

Im Bus hörst du eine rassistische Beleidigung oder auf der Familienfeier fällt ein diskriminierender Spruch und du weißt nicht, wie du darauf reagieren sollst? Solche Situationen können uns allen ständig im Alltag begegnen und machen uns vielleicht erstmal sprachlos. Aber das muss nicht so sein, denn es gibt zahlreiche Argumentationshilfen gegen rassistische Parolen, Aussagen oder Gerüchte. Ganz wichtig ist zuallererst die Solidarität mit den betroffenen Personen. Haltung zeigen und sich auf die Seite der Angegriffenen stellen geht auch, wenn dir keine gute Antwort einfällt. Das lässt sich auch in einem geschützten Raum ausprobieren und üben. Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ bietet bundesweit Stammtischkämpfer*innen-Seminare an. Und die Mobile Beratung bietet Argumentationstrainings passgenau für die Bedürfnisse deiner Organisation. Schau doch mal bei einem dieser Seminare vorbei und überwinde deine Sprachlosigkeit.

Die Website von „Aufstehen gegen Rassismus“ findest du hier: www.aufstehen-gegen-rassismus.de

Über den Bundesverband der Mobilen Beratung findest du die Kontaktpersonen für deine Region: www.bundesverband-mobile-beratung.de

Diversitätstraining

Vielleicht bist du bereits in einem Natur- und Umweltschutzverband organisiert. Hand auf's Herz: Wie vielfältig seid ihr in Bezug auf Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, physische und geistige Fähigkeiten, sexuelle Identität, Religion,

Weltanschauung, Lebensalter und soziale Zugehörigkeit? An wen richtet sich euer Angebot und wer nimmt es wahr? Wer ist bei euch haupt- und ehrenamtlich aktiv? Wer trifft bei euch die Entscheidungen und auf welcher Grundlage? Hinter all diesen Fragen steht eine große Leitfrage: Nämlich wie wertschätzend geht ihr mit Differenz, also mit der Unterschiedlichkeit von Menschen um?

Wenn ihr jetzt sagt: „Wir sind offen für alle“ ist das gut gemeint, in den meisten Fällen aber nicht richtig. Jedes Angebot hat Hürden und Einschränkungen. Das ist auch kein Defizit. Zum Problem werden diese Hürden und Einschränkungen aber dann, wenn ihr sie nicht kennt und thematisiert. In dem Fall ist es nämlich gut möglich, dass ihr diskriminierende Strukturen fördert, ohne dass es euch bewusst ist oder ihr das beabsichtigt.

Es gibt Organisationen, die euch dabei helfen, Diversität in euren Strukturen zu fördern. Und das Vorhandensein, das Fördern und auch Aushalten von Vielfalt und Unterschiedlichkeit ist letztlich die beste Prävention gegen menschenverachtende und antidemokratische Einstellungen. Ladet euch doch mal jemanden ein, der ein Diversity-Training mit euch durchführt oder schickt jemanden aus euren haupt- und ehrenamtlichen Strukturen zu einer Fortbildung.

Diversity-Trainings bietet zum Beispiel Eine Welt der Vielfalt e. V.: www.ewdv-diversity.de

Und über die Antidiskriminierungsstelle des Bundes findest du weitere Anbieter in deiner Region: www.antidiskriminierungsstelle.de

Handwerkszeug

Du möchtest gerne aktiv werden und dich für eine offene Gesellschaft und einen gerechten Umweltschutz einsetzen und weißt nicht, wie du das angehen sollst? Zunächst brauchst du

ein konkretes Anliegen und ein Ziel, das du erreichen möchtest. Um dafür Aufmerksamkeit zu erringen, gibt es verschiedene Möglichkeiten. So kannst du zum Beispiel eine Demonstration anmelden, Informationsflyer drucken, eine Unterschriftensammlung starten oder eine Seite in den sozialen Netzwerken erstellen. Das sind wichtige Grundrechte, von denen du ganz leicht Gebrauch machen kannst. Natürlich gibt es trotzdem auch Dinge zu beachten bei einer Demonstration oder anderen kreativen Aktionsformen wie zum Beispiel einem Flashmob. Dafür haben wir ein paar Tipps gesammelt, damit du einen leichteren Einstieg bekommst:

- Ideen für Flashmobs und andere kreative Aktionen: <https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/1765.pdf>
- Demonstration anmelden: www.demokratie-leben.de/wer-wenn-nicht-wir/wie-geht-eigentlich/demonstration-organisieren.html

Außerdem stellt sich oft auch die Frage nach der Finanzierung von Aktionen, Flyern oder Plakaten. Diese Kosten können schnell in die Höhe gehen. Daran soll politisches Engagement aber natürlich trotzdem nicht scheitern. Deswegen gibt es Möglichkeiten, Gelder zu beantragen oder durch Spenden und Crowdfunding zu sammeln. Dabei kannst du Internetplattformen benutzen oder dich auch direkt an Vereine, Behörden oder Stiftungen wenden. Nicht selten unterstützen diese dein Anliegen und geben etwas Geld dazu.

Hier findest du die richtige Crowdfunding Plattform für deine Aktion: www.crowdfunding.de/plattform-suche

Und denke daran, deine Aktionen und Veranstaltungen auch inklusiv zu gestalten. Unterstützung in Form von Geld und Ideen bekommst du dafür hier:

<https://mi.servicestelle-jugendbeteiligung.de/>

Bevor die Aktion/Veranstaltung stattfindet, solltest du dir überlegen, ob sie auch für Rechtsextreme interessant sein könnte – und sei es nur, dass du befürchtest, sie könnten die Durchführung stören. Um einen offenen Raum auch für Betroffene von Rassismus zu bieten, ist es ganz wichtig, rassistische Hetze und Diskriminierungen zu verhindern. Das geht durch einen entsprechenden Hinweis, dass solches Gedankengut nicht toleriert wird und im Härtefall rechtsextreme Störer*innen der Veranstaltung verwiesen werden. Das ist euer gutes Recht und davon könnt ihr auch mithilfe der Polizei Gebrauch machen. Dazu gibt es hier einige Tipps zur Vorgehensweise:

www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nf_wegweiser_rechtsextremen_keinen_raum_geben_1.pdf

Vernetzung

Ein leichter Einstieg um politisch aktiv zu werden sind natürlich schon bestehende Gruppen oder Vereine. Es gibt bestimmt schon welche, die ähnliche Interessen wie du haben und sich über neue Mitstreiter*innen freuen. Einen Überblick von Organisationen gibt es beispielsweise bei den lokalen Jugendringen, Hochschulen oder über die Suche nach lokalen Gruppen von großen Verbänden:

www.demokratie-leben.de/wer-wenn-nicht-wir/engagement-check.html

Eine wunderbare Möglichkeit ist es auch, gemeinsam mit deinen Freund*innen eine Hochschulgruppe der Naturfreundejugend zu gründen. Dort seid ihr direkt Teil der internationalen Naturfreundebewegung und bekommt die nötige Unterstützung vor Ort bei der Gründung. In der Gruppe könnt ihr eure eigenen Themen setzen und Interessen verfolgen und euch gleichzeitig mit vielen anderen aktiven jungen Menschen vernetzen.

Wie du eine Hochschulgruppe gründen kannst, erfährst du hier:

www.nfjd.de/go/hochschule

Natürlich ist nicht jeder Mensch Student*in, deshalb findest du hier Hinweise wie du eine Gruppe gründen kannst. Außerdem findest du in dem PDF auch ein paar Ideen für erste gemeinsame Aktionen:

www.nfjd.de/go/gruppe

Was tun nach einem rechten Angriff?

Trotz aller Vorsicht und Vorbereitung kann es passieren, dass eure Gruppe oder eine einzelne Person eurer Gruppe Opfer rechter Gewalt wird. Natürlich müsst ihr in diesem Fall die Polizei einschalten und den Vorfall zur Anzeige bringen. Darüberhinaus kann es aber auch hilfreich sein, Organisationen zu kontaktieren, die sich auf dieses Themenfeld spezialisiert haben. Hier bekommt ihr nämlich auch weiterführende Informationen und Hilfestellungen. Außerdem bewirkt eine Meldung bei diesen Organisationen, dass der Angriff statistisch erfasst wird:

www.bundesverband-mobile-beratung.de

www.reachoutberlin.de/de/content/was-ist-reachout



Weitere Publikationen der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)

Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz.

Eine Handreichung

Wo finden sich in aktuellen Natur- und Umweltschutz-Debatten Anknüpfungspunkte für rechte Ideologien? Welche historischen Kontinuitäten gibt es? Wie können demokratische Natur- und Umweltschützer*innen dem entgegenwirken? Diese Fragen beantwortet die FARN-Handreichung an ausgewählten Beispielen. Zum Beispiel sprechen rechtsextreme Naturschützer*innen im Zusammenhang mit gebietsfremden Arten (Neobiota) oft von „Fremdlingen“, „Plage“ oder „Eroberern“. Die Botschaft dabei ist: Das Fremde bedroht die heimische Natur. Von hier ist es für rechtsextreme Naturschützer*innen nicht mehr weit zu neu-rechten Verschwörungstheorien wie etwa der „Umvolkung“. Die FARN-Handreichung, die sich vor allem an Aktive im Natur- und Umweltschutz, in der Rechtsextremismusprävention und der Kinder- und Jugendarbeit richtet, macht diese Zusammenhänge sichtbar und bietet einen ersten Einstieg in das Thema.

Online abrufbar unter www.nf-farn.de/rechtsextreme-ideologien-natur-umweltschutz

Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist nicht nur ein Phänomen des Rechtsextremismus. Rassistische, sexistische, behindertenfeindliche und andere menschenverachtende Haltungen, Strukturen und Handlungen finden sich überall in unserer Gesellschaft. Folglich ist der Natur- und Umweltschutz hiervon nicht ausgenommen. Auch hier finden sich Denkmodelle und Vorgehensweisen, die den Grundsätzen der Demokratie (zum Beispiel Minderheitenschutz, Achtung der Menschenrechte) zuwiderlaufen. Meist geschieht dies unwissentlich und unabsichtlich. Die vorliegende Broschüre richtet sich an Aktive im Natur- und Umweltschutz. Sie bietet den Leser*innen die Möglichkeit, sich anhand von

Debattenbeiträgen mit Aspekten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz auseinanderzusetzen. Gleichzeitig gibt sie Denkanstöße und eröffnet Perspektiven, wie demokratiefördernder und menschenrechtsbejahender Natur- und Umweltschutz gestaltet werden könnte.

Online abrufbar unter www.nf-farn.de/aspektgruppenbezogener-menschenfeindlichkeit

Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen

Die extreme Rechte weiß, dass Themen aus dem Natur-, Tier- und Umweltschutz sich in der breiten Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen und sich besser verkaufen lassen als plumpe rassistische Parolen. Rechtsextreme Gruppierungen und Akteur*innen bedienen sich dementsprechend ökologischer Themen, um ihre Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Dabei werden manche Formulierungen harmlos verpackt und sollen die menschenverachtenden Absichten verdecken. Andere Formulierungen hingegen beinhalten ganz offen Verschwörungstheorien und nationalistische Mythen. Doch wie genau erkennt man rechtsextreme Motive? Was lässt sich diesen entgegenen? Diese Handreichung gibt eine Hilfestellung für das Entlarven von rechtsextremen Denkmustern im Natur- und Umweltschutz und liefert Argumente gegen diese rechtsextremen Weltbilder.

Online abrufbar unter www.nf-farn.de/wenn-rechtsextreme-von-naturschutz-reden

Gedruckte Exemplare können bestellt werden über info@nf-farn.de (solange der Vorrat reicht).



LOVE
NATURE.

NOT
FASCISM.

Impressum

1. Auflage 2019

Herausgeber

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)
c/o NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin

info@nf-farn.de
www.nf-farn.de

Gestaltung und Satz

BBGK Berliner Botschaft
Gesellschaft für Kommunikation mbH
www.berliner-botschaft.de

Bildnachweise

S. 8: Samuel Lehmborg/FARN; S. 11: congerdesign/Pixabay (CC0 Creative Commons); S. 14: Hans Braxmeier/Pixabay (CC0 Creative Commons); S. 17: 3282700/Pixabay (CC0 Creative Commons); S. 20: Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD); S. 22: NFJD; S. 25: NFJD; S. 27: Jonas Duhme; S. 28: Jim Black/Pixabay (CC0 Creative Commons); S. 34: NFJD; S. 37: rawpixel/Pixabay (CC0 Creative Commons).

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Ein gemeinsames Projekt der



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**